

Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Bauvorhaben

Studienbericht



Inhalt

Vorwort	5	3	Weiterführende Erkenntnisse	35
Kurzfassung	6	3.1	Zwei Systeme von Partizipation und die fehlende Verbindung	35
Datengrundlage und Vorgehen	6	3.2	Strukturelle Voraussetzungen und aktuelle Entwicklungen	35
Zentrale Ergebnisse	6	3.3	Zusammenarbeit und Lernfähigkeit innerhalb der Verwaltung	36
Empfehlungen	7	3.4	Vom Lernen der Kinder zum Lernen der Institution	36
<hr/>		3.5	Praxis der planungsbezogenen Mitwirkung: vom Ereignis zur Routine	37
Ausgangslage und Zielstellung der Studie	8	3.6	Legitimation von Partizipation zwischen Stabilität und Dynamik	38
Ziele der Studie	9	3.7	Grössenabhängigkeit und Rolle der Kantone	39
Begriffliche Klärung: Partizipation und Mitwirkung	9	3.8	Synthese: Partizipation als lernorientierte Governance	39
<hr/>		4	Empfehlungen für die kommunale und kantonale Praxis	40
1 Methodik	10	4.1	Empfehlungen für Gemeinden und Kantone	40
1.1 Die Umfrage: Datenerhebung und Auswertung	10	4.1.1	Politische Legitimation und Verbindlichkeit sichern	40
1.2 Vertiefung von Aspekten in Expert:innen-Gesprächen	11	4.1.2	Partizipation als kontinuierlichen Lernprozess verstehen	40
<hr/>		4.1.3	Interdisziplinäre Zusammenarbeit systematisch stärken	40
2 Darstellung der Ergebnisse von Umfrage und Gesprächen	12	4.1.4	Partizipation institutionell absichern und von personeller Abhängigkeit lösen	40
2.1 Umfrage zur Mitwirkung an Planungs- und Bauvorhaben	12	4.1.5	Gelegenheitsfenster bewusst nutzen und zugleich Kontinuität sichern	41
2.1.1 Mitwirkung insgesamt	13	4.1.6	Transparenz und Verlässlichkeit gewährleisten	41
2.1.2 Beteiligte Altersgruppen	15	4.1.7	Transparenz und Verlässlichkeit nach aussen gewährleisten	41
2.1.3 Themen der Mitwirkung bzw. Arten von Planungsvorhaben	16	4.1.8	Evaluation und Qualitätssicherung nach innen gewährleisten	41
2.1.4 Fehlende Mitwirkung insgesamt	17	4.1.9	Ressourcen zur Verfügung stellen	41
2.1.5 Fehlende Mitwirkung an strategischer Planung	19	4.1.10	Altersgerechte und zielgruppenspezifische Partizipation fördern	41
2.1.6 Phasen im Verfahren	20	4.2	Empfehlungen, die primär Gemeinden betreffen	42
2.1.7 Akteur:innen-Landschaft	21	4.2.1	Die Verbindung zwischen formeller Mitwirkung und alltagsbezogener Partizipation stärken	42
2.1.8 Information und Kommunikation	22	4.2.2	Partizipation entlang des gesamten Planungsprozesses gestalten	42
2.1.9 Methoden und Instrumente der Mitwirkung	23	4.2.3	Soziale Zugänglichkeit und Reichweite aktiv berücksichtigen	42
2.1.10 Erfolgsfaktoren	24	4.3	Empfehlungen, die primär Kantone betreffen	42
2.1.11 Herausforderungen	26	4.3.1	Interkommunales Austausch und Kooperation systematisch fördern	42
2.1.12 Gesamtbewertung der bisherigen Erfahrungen	28	4.3.2	Gemeinden gezielt unterstützen	42
2.1.13 Weitere Informationen	29	4.3.3	Orientierung und Qualitätsentwicklung unterstützen, ohne lokale Autonomie zu ersetzen	42
2.1.14 Positive und negative Erfahrungen mit Partizipation und weitere Freitextantworten	30	<hr/>		
2.1.15 Unterschiede zwischen Gemeinden und Kantonen	30	Quellen	43	
2.2 Ergebnisse der Expert:innen-Gespräche zur lokalen Praxis der Partizipation	31	Empfehlungen für Literatur, Leitfäden und Beispiele		44
2.2.1 Strukturelle und institutionelle Dimension	31			
2.2.2 Politische, rechtliche und kulturelle Legitimation	31			
2.2.3 Umsetzungspraxis: Formen, Methoden und Reichweite	32			
2.2.4 Partizipationsverständnis und -kultur	32			
2.2.5 Nachhaltigkeit und Entwicklungsdynamiken	33			
2.2.6 Zusammengefasst: Erfolgsfaktoren, Bedarf und Perspektiven	33			

Abbildung 1:	Hat Ihre Gemeinde/ihr Kanton in den letzten fünf Jahren Mitwirkungsverfahren für die Bevölkerung bei Planungs- und Bauvorhaben durchgeführt? <small>Gemeinden N=158; Kantone N=16</small>	13
Abbildung 2:	Hat Ihre Gemeinde/ihr Kanton in den letzten fünf Jahren spezifische Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche bei Planungs- und Bauvorhaben durchgeführt? <small>Gemeinden N=172; Kantone N=16</small>	13
Abbildung 3:	Wie häufig fanden/finden spezifische Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche statt im Vergleich zu Mitwirkungsverfahren für die gesamte Bevölkerung? <small>Gemeinden=75; Kantone N=9</small>	14
Abbildung 4:	In welcher Form hat Ihre Gemeinde/Ihr Kanton in den letzten fünf Jahren spezifische Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche bei Planungs- und Bauvorhaben durchgeführt? <small>Gemeinden N=172; Kantone N=16 / Mehrfachantworten möglich</small>	14
Abbildung 5:	Für welche Altersgruppen wurden Mitwirkungsverfahren durchgeführt? <small>Gemeinden N=75, Kantone N=9 / Mehrfachantworten möglich</small>	15
Abbildung 6:	Bei welchen Arten von Planungs- und Bauvorhaben wurden Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt? <small>Gemeinden N=75, Kantone N=9 / Mehrfachantworten möglich</small>	16
Abbildung 7:	Welche Gründe sind entscheidend dafür, dass innerhalb der letzten fünf Jahre kein Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt wurde? <small>Gemeinden N=97; Kantone N=7 / Mehrfachantworten möglich</small> <small>Diese Frage wurde nur von Gemeinden/Kantonen beantwortet, die in den letzten fünf Jahren keine Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt haben.</small>	17
Abbildung 8:	Sie haben angegeben, dass Kinder und Jugendliche auf der Ebene der strategischen Planung nicht einbezogen wurden. Was sind die Gründe dafür? <small>Gemeinden N=49; Kantone N=13 / Mehrfachantworten möglich</small> <small>Diese Frage wurde nur von Gemeinden/Kantonen beantwortet, keine Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche an strategischen Planungsvorhaben durchgeführt haben.</small>	19
Abbildung 9:	In welcher Projektphase wurden Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt? <small>Gemeinden N=75; Kantone N=9 / Mehrfachantworten möglich</small>	20
Abbildung 10:	Wer führte die Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durch? <small>Gemeinden N=75; Kantone N=9 / Mehrfachantworten möglich</small>	21
Abbildung 11:	Wie wurden die Kinder und Jugendlichen über Mitwirkungsverfahren informiert? <small>Gemeinden N=75; Kantone N=9 / Mehrfachantworten möglich</small>	22
Abbildung 12:	Mit welchen Methoden wurden Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt? <small>Gemeinden N=75; Kantone N=9 / Mehrfachantworten möglich</small>	23
Abbildung 13:	Welche Faktoren erscheinen Ihnen für die erfolgreiche Durchführung von Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche wichtig? <small>Gemeinden N=172; Kantone N=16 / Mehrfachantworten möglich</small>	24
Abbildung 14:	Was sind gemäss Ihrer Einschätzung wesentliche Herausforderungen bei der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen? <small>Gemeinden N=172; Kantone N=16 / Mehrfachantworten möglich</small>	26
Abbildung 15:	Alles in allem: Wie bewerten Sie Ihre Erfahrungen mit der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen? <small>Gemeinden N=77; Kantone N=9 / Mehrfachantworten möglich</small>	28
Abbildung 16:	Wurden Kinder und Jugendliche im Verlauf der Planungs- und Bauvorhaben über weitere Schritte/Ergebnisse/Dinge, die nicht umsetzbar sind, informiert? In welcher Form? <small>Gemeinden N=75; Kantone N=9</small>	29

Vorwort

Liebe Leser:innen

Kinder und Jugendliche sind Expert:innen ihres eigenen Lebensraums. Dennoch wird ihre Perspektive bei der Planung und Gestaltung öffentlicher Räume oft vernachlässigt. Viele Städte und Gemeinden in der Schweiz und Liechtenstein sind stark auf die Bedürfnisse einer erwachsenen, berufstätigen Bevölkerung ausgerichtet. Verkehr dominiert das Bild, während Orte zum Spielen, Verweilen und Entdecken für Kinder und Jugendliche zu Inseln im städtischen Grau werden. Dabei zeigt sich:

Wo Kinder und Jugendliche aktiv in Planungs- und Bauprozesse einbezogen werden, entstehen Räume, die nicht nur funktional, sondern lebendig und vielfältig sind.

Partizipation bedeutet, ihre Ideen und Bedürfnisse ernst zu nehmen und damit öffentliche Räume zu schaffen, die sicher, zugänglich und entwicklungsfördernd sind.

Die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei der Planung und Gestaltung öffentlicher Räume stärkt ihre psychische Entwicklung, indem sie Selbstwirksamkeit und Verantwortungsgefühl erleben. Auch ihre physische Entwicklung wird gefördert, da sie Räume mitgestalten, die ihren Bedürfnissen entsprechen und Bewegung ermöglichen. Sie erfahren, dass ihre Meinung zählt, was ihre spätere Bereitschaft zur Teilnahme an demokratischen Prozessen fördert. So wachsen Kinder und Jugendliche aktiv in die Gesellschaft hinein.

Die UN-Kinderrechtskonvention gibt allen Kindern und Jugendlichen das Recht, bei Entscheidungen und Anliegen, die sie betreffen, mitzuwirken. Der öffentliche Raum ist ihr zentrales Lebensumfeld: Ob auf dem Weg zum Kindergarten, zur Schule, zu Freund:innen oder beim Spielen – sobald Kinder und Jugendliche ihre Wohnung oder ihr Haus verlassen, bewegen sie sich im öffentlichen Raum. Dessen Gestaltung und Planung betrifft sie daher fundamental. Auch in der Schweiz ist das Mitwirkungsrecht der Bevölkerung gesetzlich verankert. Die Behörden sind verpflichtet, die Bevölkerung – und damit auch Kinder und Jugendliche – in geeigneter Weise in Planungsprozesse einzubeziehen. Damit wird klar: Partizipation ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine gesetzliche Verpflichtung.

Die Realität sieht allerdings vielerorts anders aus. Zwar besteht in der Schweiz seit einigen Jahren ein Trend hin zu partizipativen Verfahren im Planungs- und Baubereich. Jedoch werden Kinder und Jugendliche selten als eigene Nutzengruppe mit altersspezifischen Bedürfnissen betrachtet und entsprechend beteiligt. Es werden kaum Beteiligungsformen gewählt, die dem Alter und den Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen entsprechen. Dies geschieht in der Regel nicht vorsätzlich. Oft fehlt es an Wissen und Erfahrung, wie die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen wirkungsvoll umzusetzen ist.

Genau hier setzt unsere Umfrage an: UNICEF Schweiz und Liechtenstein führte in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) eine Umfrage zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Bauvorhaben durch. Aus den Ergebnissen wurden Schlussfolgerungen gezogen, welche Rahmenbedingungen es für eine erfolgreiche Mitwirkung im Planungs- und Baubereich braucht.

Verwaltungsangestellte, Planer:innen und Politiker:innen sowie jede einzelne Person in der Bevölkerung haben Einfluss darauf, ob und wie Partizipation im Planungs- und Baubereich in unserer Gesellschaft gelebt wird.

Diese Publikation und die Empfehlungen sollen als praxisnahe Grundlage dienen, aufzuzeigen, wie das Recht der Kinder auf Partizipation auch im Planungs- und Baubereich umgesetzt werden kann.

Bettina Junker,
Geschäftsleiterin
UNICEF Schweiz und Liechtenstein

Kurzfassung

Die vorliegende Studie wurde in Zusammenarbeit zwischen UNICEF Schweiz und Liechtenstein und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) durchgeführt. Sie untersucht den Stand und die Perspektiven von Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Bauvorhaben von Städten und Gemeinden¹ in der Schweiz und in Liechtenstein sowie in den Kantonen. Im Zentrum steht die Frage, wie Kinder und Jugendliche in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse der baulichen Entwicklung einbezogen werden, welche Erfahrungen Gemeinden und Kantone damit machen und welche Bedingungen eine nachhaltige Verankerung der Partizipation begünstigen.

Datengrundlage und Vorgehen

Die Studie basiert auf einer quantitativen Umfrage unter allen Gemeinden in der Schweiz und in Liechtenstein (ausgewertetes Sample: 172 Gemeinden) sowie allen Kantonen (ausgewertetes Sample: 16 Kantone) und auf vertiefenden Expert:innen-Gesprächen mit Vertretenden aus zehn Gemeinden unterschiedlicher Grösse und Sprachregion. Die Umfrage liefert einen systematischen Überblick über Verbreitung, Formen und Herausforderungen der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Bauvorhaben. Die Expert:innen-Gespräche ermöglichen eine vertiefte Einordnung der Ergebnisse und geben Einblick in lokale Dynamiken und institutionelle Rahmenbedingungen.

Zentrale Ergebnisse

Die Ergebnisse zeigen, dass Kinder- und Jugendpartizipation in vielen Gemeinden grundsätzlich anerkannt ist, ihre konkrete Umsetzung jedoch stark von strukturellen, organisatorischen und politischen Rahmenbedingungen abhängt. Partizipation findet dabei in zwei unterschiedlichen, meist nur schwach miteinander verbundenen Systemen statt: einerseits in formellen Mitwirkungsverfahren im Rahmen von Planungs- und Bauprozessen. Andererseits in alltagsbezogenen, pädagogisch und sozial verankerten Beteiligungsformen, etwa in Schulen, der Jugendarbeit oder der Quartierarbeit. Diese Trennung stellt eines der zentralen Ergebnisse der Untersuchung dar.

Die formelle Mitwirkung ist häufig an gesetzliche Verfahren, Zuständigkeiten und lange Planungszyklen gebunden. Sie wird überwiegend von fachlich-administrativen Logiken geprägt. Alltagsbezogene Partizipation hingegen ist stärker beziehungsorientiert, kontinuierlich angelegt und auf Selbstwirksamkeit und Lernprozesse ausgerichtet. Obwohl beide Systeme wichtige Stärken aufweisen, werden ihre jeweiligen Potenziale bislang nur selten systematisch miteinander verknüpft.

Ein weiteres zentrales Ergebnis betrifft die institutionelle Verankerung von Partizipation. In vielen Gemeinden ist sie stark vom Engagement einzelner Personen abhängig. Fehlen klare politische Mandate, Zuständigkeiten und Ressourcen, bleibt Partizipation fragil und anfällig für personelle oder politische Wechsel. Gemeinden mit bereits gemachten Erfahrungen berichten hingegen von Lernprozessen, wachsender Routine und einer zunehmend partizipationsfreundlichen Verwaltungskultur.

Deutliche Unterschiede zeigen sich zudem in Abhängigkeit von der Gemeindegrösse. Während grössere Gemeinden über mehr Ressourcen und professionalisierte Strukturen verfügen, stehen sie vor Koordinations- und Abstimmungsproblemen. Kleinere Gemeinden profitieren von Nähe und kurzen Wegen, sind jedoch besonders von knappen Ressourcen und personeller Abhängigkeit betroffen. Kantone nehmen bislang vor allem eine koordinierende Rolle ein; ihr Potenzial als Unterstützungs- und Lernplattform für Gemeinden ist jedoch noch nicht ausgeschöpft.

Die theoretische Einordnung der Ergebnisse legt nahe, Kinder- und Jugendpartizipation als gegenseitigen Lernprozess zu verstehen. Partizipation wirkt nicht nur auf Kinder und Jugendliche, sondern auch auf Verwaltung und Politik: Sie fördert neue Perspektiven und die Reflexion bestehender Routinen. Nachhaltige Verankerung gelingt, wenn Erfahrungen systematisch reflektiert, sich bietende Gelegenheiten für Veränderungen genutzt und institutionelle Strukturen aufgebaut werden. Partizipation entwickelt sich dabei typischerweise von punktuellen Engagement über strukturierte Praxis hin zu einem Bestandteil institutioneller Kultur.

Empfehlungen

Aus den empirischen Ergebnissen und ihrer Interpretation lassen sich zum Teil spezifische Empfehlungen für Gemeinden und Kantone ableiten. Dabei müssen sowohl empirisch gut gestützte Handlungsbedarfe als auch strategische Entwicklungsperspektiven berücksichtigt werden. Zentrale Ansatzpunkte sind:

- Politische Legitimation, Verbindlichkeit und Ressourcen sichern.
- Partizipation als kontinuierlichen Lern- und Entwicklungsprozess verstehen und Qualität (Evaluation) mitdenken.
- Personelle Abhängigkeit durch institutionelle Verankerung reduzieren.
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Planung, Bildung und sozialräumlicher Praxis stärken und formelle Mitwirkung mit alltagsbezogener Partizipation verknüpfen.
- Soziale Zugänglichkeit sowie alters- und zielgruppengerechte (inklusive) Methoden gewährleisten.
- Interkommunalen Austausch und kantonale Unterstützungsstrukturen ausbauen, insbesondere zugunsten kleiner Gemeinden.
- Transparent kommunizieren und (Zwischen-) Ergebnisse verlässlich gegenüber Kindern und Jugendlichen rückkoppeln.

Die Empfehlungen zielen darauf ab, Partizipation langfristig als Bestandteil guter Regierungsführung zu etablieren und als gemeinsames Lernfeld für Kinder, Verwaltung und Politik weiterzuentwickeln.

¹ Für die bessere Lesbarkeit wird im Bericht nur der Begriff Gemeinden verwendet, ausser es handelt sich um Aussagen, die allein (grosse) Städte betreffen.

Ausgangslage und Zielstellung der Studie

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds ist ein zentrales Element demokratischer Entwicklung und sozialer Integration. Sie stärkt das Vertrauen in öffentliche Institutionen, fördert Verantwortungsübernahme, Selbstwirksamkeit und politische Bildung. Sie trägt dazu bei, dass lokale Entwicklungsprozesse besser an den Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet werden. Auf internationaler Ebene ist das Recht auf Mitwirkung in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (Art. 12) verankert.

Kinder haben das Recht, bei allen Angelegenheiten, die sie betreffen, einbezogen und berücksichtigt zu werden.

In der Schweiz ist das Mitwirkungsrecht der Bevölkerung im Bundesgesetz über die Raumplanung (RGP) in Artikel 4 festgeschrieben. Darin ist vorgesehen, dass die Bevölkerung – also auch Kinder und Jugendliche – von den Behörden in geeigneter Weise bei der Planung einbezogen werden muss. Die Umsetzung dieses Anspruchs ist in der Schweiz und in Liechtenstein vor allem Aufgabe der Gemeinden. In der Schweiz spielen auch die Kantone eine wichtige Rolle.

Kinder und Jugendliche bilden keine homogene Gruppe, sondern unterscheiden sich hinsichtlich Alter, Geschlecht, sozialer und kultureller Herkunft, Sprache, Fähigkeiten sowie Lebensrealitäten. Ein diversitätssensibles Verständnis von Partizipation berücksichtigt diese Unterschiede und schafft Zugänge, die den jeweiligen Lebenssituationen gerecht werden.

Beteiligungsverfahren müssen so gestaltet sein, dass sie auch jene Kinder und Jugendlichen erreichen, deren Stimmen häufig unterrepräsentiert sind. Das sind zum Beispiel Kinder mit Behinderungen, geflüchtete Kinder oder Kinder aus armutsbetroffenen Familien.

Partizipation gewinnt an Qualität, wenn sie Vielfalt anerkennt und systematisch darauf achtet, Barrieren zu identifizieren und abzubauen.

In den letzten Jahren haben verschiedene nationale und internationale Programme – etwa die Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» von UNICEF – die Bedeutung von Partizipation stärker ins Bewusstsein von Politik und Verwaltung gerückt. Bisherige Erfahrungen zeigen bei der institutionellen Verankerung von Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche lokal eine sehr unterschiedliche Ausprägung. In einigen Städten und Gemeinden wird Partizipation systematisch angewendet und weiterentwickelt. Andernorts hängen entsprechende Aktivitäten vom Engagement Einzelner ab oder kommen auf Projektebene punktuell zum Einsatz.

Besonders deutlich wird dies im Bereich der lokalen Entwicklung und Raumplanung. Hier bestehen formalisierte Mitwirkungsverfahren und informelle Beteiligungsformen häufig nebeneinander, ohne dass eine enge Verzahnung erkennbar wäre. Kinder und Jugendliche werden zwar an zahlreichen Projekten beteiligt, beispielsweise im schulischen oder sozio-kulturellen Kontext. Sie sind aber selten in die offiziellen Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden, die ihr Lebensumfeld langfristig prägen. Vor diesem Hintergrund wurde die vorliegende Studie durchgeführt.

Ziele der Studie

Die Studie verfolgt zunächst das Ziel, einen Überblick über den aktuellen Stand und die Perspektiven der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Bauvorhaben der Kantone der Schweiz sowie von Städten und Gemeinden in der Schweiz² und in Liechtenstein zu gewinnen. Zudem soll aufgezeigt werden, wie Partizipation in der Praxis verstanden, organisiert und umgesetzt wird und welche Förderfaktoren und Hemmnisse bestehen. Dabei baut die Studie in Teilen auf der 2017 von UNICEF durchgeführten Befragung von Gemeinden und privaten Planungsbüros zum Stand der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Bauvorhaben auf. Aus den Erkenntnissen sollen konkrete Handlungsempfehlungen für Gemeinden und Kantone abgeleitet werden.

Begriffliche Klärung: Partizipation und Mitwirkung

Im vorliegenden Bericht werden die Begriffe Partizipation und Mitwirkung differenziert verwendet. Damit werden die unterschiedlichen Bedeutungs- und Handlungsebenen des Einbezugs von Kindern und Jugendlichen präzise abgebildet.

Der Begriff Partizipation bezeichnet dabei das umfassende Konzept der Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds sowie an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Partizipation wird als grundlegendes Prinzip demokratischer Bildung und lokaler Entwicklung im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention (Art. 12) und der breiteren Diskussion um Kinderfreundlichkeit in Städten und Gemeinden verstanden.

Der Begriff Mitwirkung wird im engeren Sinn verwendet und bezieht sich auf formalisierte Beteiligung im Rahmen von Planungs- und Bauvorhaben. Er folgt damit der in der Schweiz und in Liechtenstein üblichen Terminologie von Planungsrecht und Verwaltungspraxis, in der Mitwirkung rechtlich geregelte Verfahren beschreibt, die von Gemeinden oder Kantonen initiiert werden.

Der Bericht umfasst folgende vier Kapitel:

Zunächst wird die Methodik der Studie dargestellt. Im darauffolgenden Kapitel werden die Ergebnisse der quantitativen Umfrage und der qualitativen Expert:innen-Gespräche präsentiert und zentrale Erfolgsfaktoren für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zusammengefasst. Darauf aufbauend werden anschliessend weiterführende Erkenntnisse herausgearbeitet. Abschliessend werden Empfehlungen für die Praxis in Gemeinden und Kantonen daraus abgeleitet.

² Für die bessere Lesbarkeit wird im Bericht nur der Begriff Gemeinden verwendet, ausser es handelt sich um Aussagen, die allein (grosse) Städte betreffen.

1 Methodik

Die Studie basiert auf zwei voneinander unabhängigen, sich ergänzenden Erhebungen: (1) einer quantitativen Umfrage unter allen Gemeinden und Kantonen in der Schweiz sowie den Gemeinden in Liechtenstein und (2) vertiefenden Expert:innen-Gesprächen mit Vertreter:innen von zehn Gemeinden. Die Umfrage liefert ein strukturiertes Bild der gegenwärtigen Praxis der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Bauvorhaben, ihrer organisatorischen Voraussetzungen und der häufigsten Hemmnisse. Sie erlaubt damit Aussagen zu den Erfahrungen und aktuellen Bedingungen vor Ort. Die Gespräche eröffnen darüber hinaus Einblicke in die Motivationen, Dynamiken und Lernprozesse, die hinter diesen Erfahrungen stehen.

Zur Spiegelung von (Zwischen-)Ergebnissen sowie zur sprachlichen Glättung wurde das GPT ScholarAI genutzt.

1.1 Die Umfrage: Datenerhebung und Auswertung

Die quantitative Umfrage der Gemeinden und Kantone diente dazu, einen Überblick zu gewinnen, inwiefern Kinder und Jugendliche bei Planungs- und Bauvorhaben in der Schweiz und Liechtenstein aktuell mitwirken. Erhoben wurden sowohl Erfahrungen mit konkreten Mitwirkungsverfahren im Zusammenhang mit Planungs- und Bauvorhaben als auch Einschätzungen zu Erfolgsfaktoren, Herausforderungen und Unterstützungsbedarf, unabhängig vom Vorliegen oder Nicht-Vorliegen bereits gemachter Mitwirkungserfahrungen.

Die Fragebögen für die Kantone und die Gemeinden sind grösstenteils identisch, nehmen aber einige Besonderheiten der kantonalen bzw. kommunalen Ebene auf. Die Umfrage wurde an die zentralen E-Mail-Adressen aller Gemeinden in der Schweiz und in Liechtenstein geschickt mit der Bitte um Weiterleitung an die jeweiligen Abteilungen (z. B. Bau und Planung, Soziales) sowie Fachstellen (z. B. Gesellschaft, Partizipation usw.). Bei den Kantonen wurden die spezifischen Adressen der entsprechenden Abteilungen genutzt.

In die Auswertung wurden nur vollständig ausgefüllte Fragebögen einbezogen. Zudem wurde je Kanton oder Gemeinde nur eine Antwort in das auszuwertende Sample aufgenommen. Dabei wurde jeweils der Antwort der «mitwirkungsspezifischsten» Abteilung der Vorrang gegeben.

Mithilfe statistischer Methoden (univariate und bivariate Auswertungen) wurden Häufigkeiten und Muster sowie signifikante Zusammenhänge zwischen Antworten herausgearbeitet.

Stichprobe

Nach Bereinigung des Datensatzes standen für die Gemeinden 172 vollständig ausgefüllte Fragebögen zur Verfügung, für die Kantone 16.

Von den 172 in die Auswertung eingeflossenen Antworten aus den Gemeinden kamen 74 von Bau- und Planungsabteilungen und 65 von den Bereichen Soziales, Bildung und Gesellschaft. 29 wurden von zentraleren Stellen ausgefüllt, wie Gemeindegeschreiber:innen oder zentralen Verwaltungsstellen, bei 4 Antworten wurde die Abteilung nicht näher angegeben. Bei den Kantonen wurden 4 Fragebögen von Planungs- und Bauverwaltungen ausgefüllt, 10 von den Bereichen Soziales, Gesellschaft und Partizipation sowie 2 von nicht näher bezeichneten anderen Abteilungen.

Von den 172 Gemeinden haben 75 innerhalb der letzten fünf Jahre Erfahrungen mit der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Bauvorhaben gemacht, 97 nicht. Von den 16 antwortenden Kantonen haben 9 solche Erfahrungen, 7 nicht. Jedoch haben in mehr Gemeinden und Kantonen bereits Mitwirkungsverfahren für die gesamte Bevölkerung stattgefunden, d.h. nicht spezifisch für Kinder und Jugendliche.

1.2 Vertiefung von Aspekten in Expert:innen-Gesprächen

Expert:innen-Gespräche wurden online mit Vertreter:innen aus der lokalen Politik und Verwaltung aus folgenden Gemeinden geführt: Balzers, Blauen, Biel, Chur, Luzern, Monteceneri, Moutier, Raron, Schaffhausen und Yverdon-les-Bains. Die Gespräche dauerten zwischen 45 und 60 Minuten. Der Gesprächsleitfaden orientierte sich an den Themenfeldern des Fragebogens. In der Einleitung zum Gespräch wurden ausserdem Antworten aus dem Fragebogen angesprochen, insbesondere Aussagen zu den Herausforderungen sowie guten und schlechten Erfahrungen. Den Auftakt in die Gespräche bildete eine offene Frage nach der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Das ermöglichte den Gesprächspartner:innen, eine eigene Schwerpunktsetzung vorzunehmen.

Die Gespräche wurden aufgezeichnet und protokolliert. Zusätzlich wurden die auf Schweizerdeutsch durchgeführten Gespräche mithilfe der ZHAW-internen Software InIT Transcription-Service automatisch transkribiert. Für die auf Französisch und Italienisch geführten Gespräche wurde die automatische Transkriptionsmöglichkeit von Microsoft Teams genutzt. Die Auswertung erfolgte qualitativ inhaltsanalytisch. Dafür wurden zunächst die Kategorien des Leitfadens genutzt. Anschliessend wurde das protokollierte und transkribierte Material nach zusätzlichen Aspekten untersucht.

2 Darstellung der Ergebnisse von Umfrage und Gesprächen

Die Umfrage und die vertiefenden Gespräche zeichnen ein ausgesprochen vielfältiges Bild der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der lokalen Entwicklung insgesamt sowie spezifisch bei der Mitwirkung an Planungs- und Bauvorhaben.

2.1 Umfrage zur Mitwirkung an Planungs- und Bauvorhaben

Die Darstellung der Umfrageergebnisse erfolgt entlang der Fragen im Fragebogen.

Zu den Grafiken:

- N bezeichnet jeweils die Anzahl der antwortenden Gemeinden bzw. Kantone auf die spezifische Frage. Diese Zahl ist unterschiedlich, weil Gemeinden bzw. Kantone auf einzelne Fragen keine Antwort gegeben haben oder «weiss nicht» ausgewählt haben. Verschiedene Fragen, wie beispielsweise diejenigen nach der Bewertung ihrer Erfahrungen mit Mitwirkungsverfahren, wurden nur denjenigen Gemeinden bzw. Kantonen gestellt, die über Erfahrungen verfügen.
- Die Grafiken stellen jeweils in den Balken dar, wie welcher Anteil an Gemeinden bzw. Kantonen auf diese Frage geantwortet hat.
- In den Balken ist jeweils die absolute Zahl der Gemeinden bzw. Kantone vermerkt.
- Bei verschiedenen Fragen waren Mehrfachantworten möglich. Dadurch sind insgesamt höhere Werte als 100 Prozent oder N möglich.

2.1.1 Mitwirkung insgesamt

Abbildung 1:
Hat Ihre Gemeinde / ihr Kanton in den letzten fünf Jahren Mitwirkungsverfahren für die Bevölkerung bei Planungs- und Bauvorhaben durchgeführt?

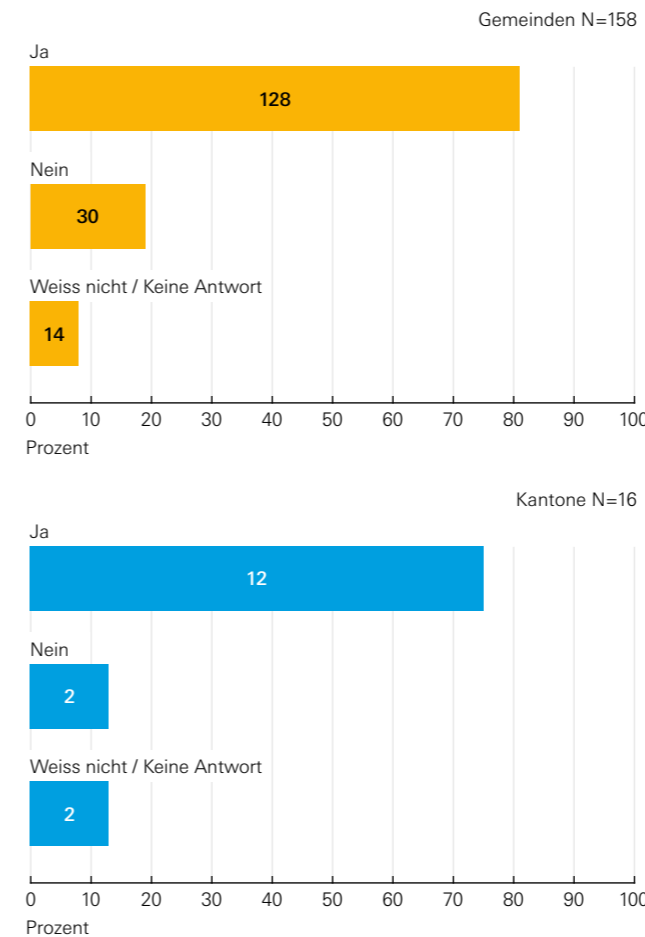
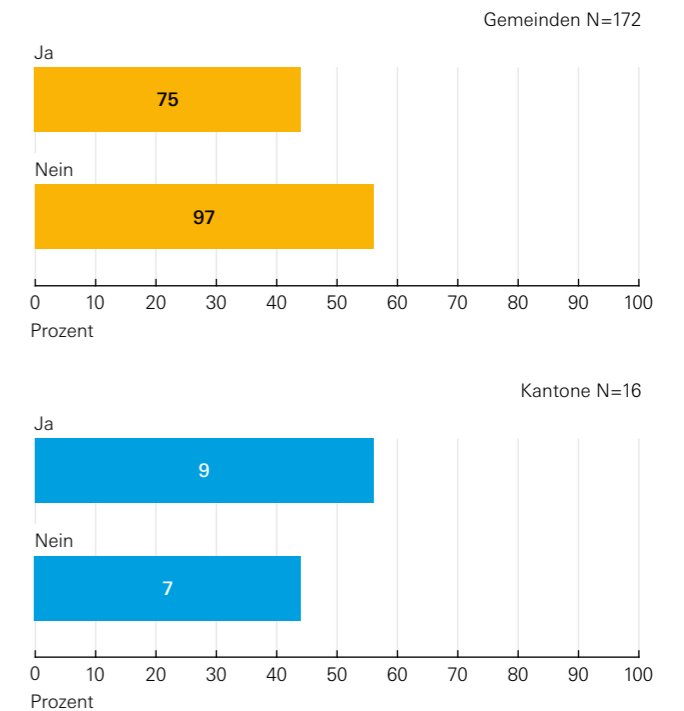


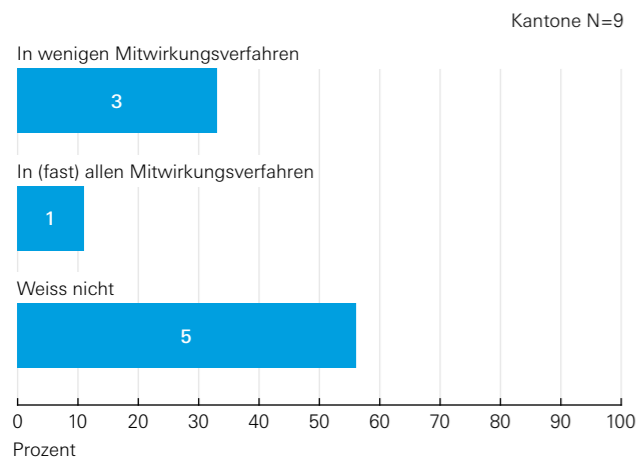
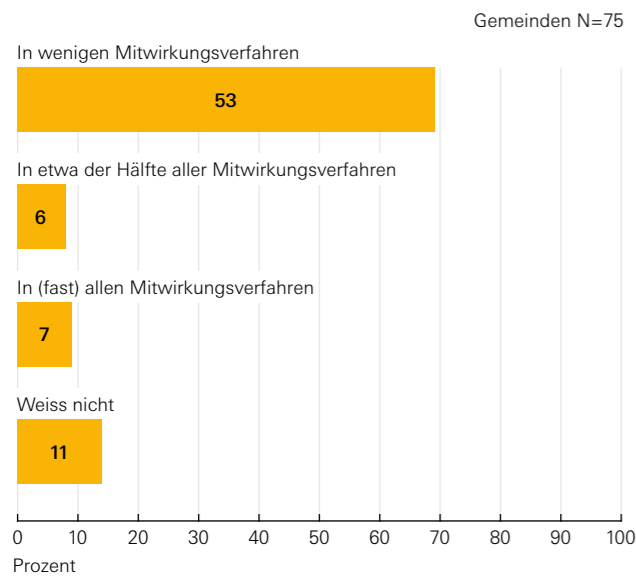
Abbildung 2:
Hat Ihre Gemeinde/ihr Kanton in den letzten fünf Jahren spezifische Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche bei Planungs- und Bauvorhaben durchgeführt?



Mitwirkungsverfahren bei Planungs- und Bauvorhaben für die allgemeine Bevölkerung wurden während der letzten fünf Jahre in gut 80 Prozent der antwortenden Gemeinden durchgeführt. Hingegen haben nicht einmal die Hälfte der Gemeinden in den letzten fünf Jahren spezifische Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche bei Planungs- oder Bauvorhaben durchgeführt. Grössere Gemeinden haben in dieser Zeit signifikant häufiger Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt als kleinere.³

³ Die Gruppenbildung erfolgte in Anlehnung an die Kategorisierung des Gemeindemonitorings 2017 (Steiner et al. 2021) mit Zusammenfassung aller Gemeinden unter 2000 EW sowie aller Städte ab 30 000 EW, um ausreichend grosse Gruppen für die statistische Aussagekraft zu erreichen.

Abbildung 3: Wie häufig fanden/finden spezifische Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche statt im Vergleich zu Mitwirkungsverfahren für die gesamte Bevölkerung?⁴

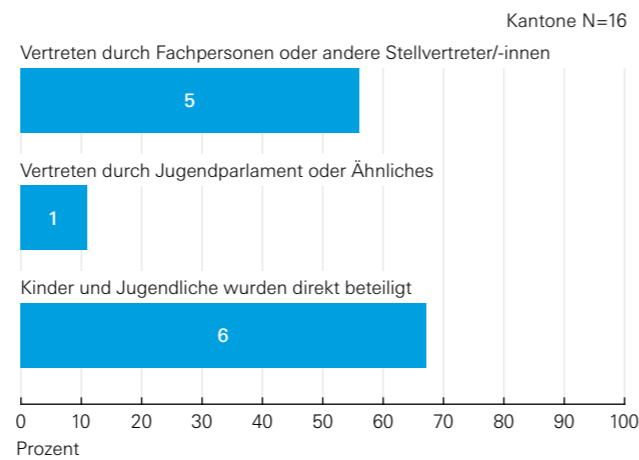
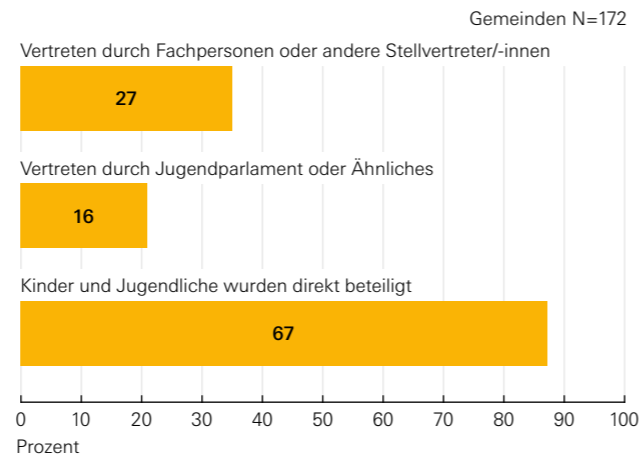


Nur ein kleiner Anteil der Gemeinden gab an, Kinder und Jugendliche in (fast) allen bzw. in etwa der Hälfte aller Mitwirkungsverfahren beteiligt zu haben; bei knapp einem Drittel der Gemeinden ist das in wenigen Verfahren der Fall.

⁴ Spezifische Fragen zu Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche wurden nur von Gemeinden und Kantonen beantwortet, welche solche Verfahren durchgeführt haben.

Abbildung 4: In welcher Form hat Ihre Gemeinde/Ihr Kanton in den letzten fünf Jahren spezifische Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche bei Planungs- und Bauvorhaben durchgeführt?

Mehrfachantworten möglich



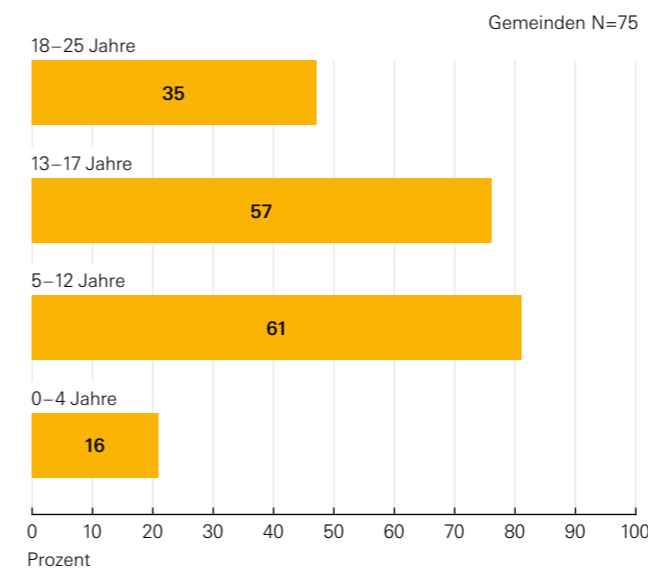
Gefragt wurde zudem nach der Form der Mitwirkung, wobei Mehrfachantworten möglich waren, d. h., eine Gemeinde konnte mehrere Formen der Beteiligung wählen. Dabei zeigte sich Folgendes: In weniger als der Hälfte der Gemeinden wurden Kinder und Jugendliche direkt beteiligt. In nur knapp einem Zehntel erfolgte die Vertretung durch ein Jugendparlament oder Ähnliches. In einem Sechstel der Gemeinden wurden Kinder und Jugendliche indirekt durch Fachpersonen o. Ä. vertreten.

Auf kantonaler Ebene gaben nur etwa die Hälfte der befragten Stellen an, dass sie selbst Mitwirkungsverfahren umgesetzt oder unterstützt haben.

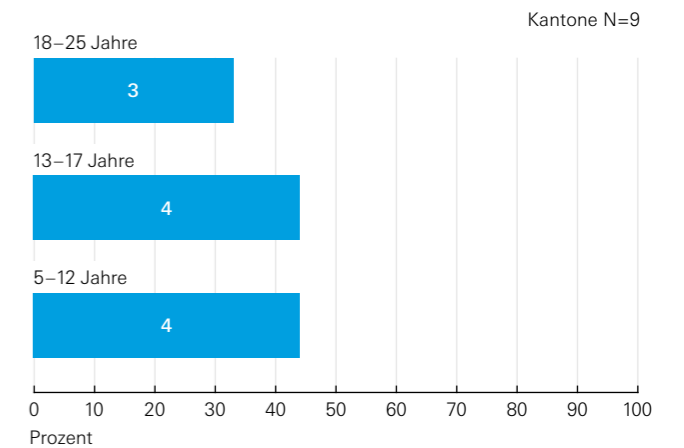
2.1.2 Beteiligte Altersgruppen

Abbildung 5: Für welche Altersgruppen wurden Mitwirkungsverfahren durchgeführt?

Mehrfachantworten möglich



Spezifische Mitwirkungsverfahren wurden von Gemeinden überwiegend für die mittleren Altersgruppen vom Eintritt in den Kindergarten bis vor die Volljährigkeit durchgeführt. Knapp die Hälfte der Gemeinden sprach auch junge Erwachsene bis zu 25 Jahren spezifisch an, ca. ein Fünftel Kinder bis zu 4 Jahren.



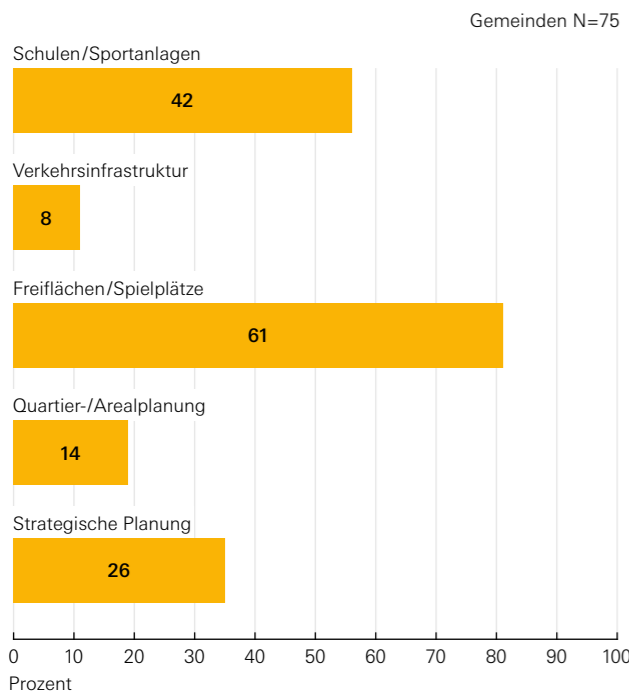
Auch bei den Kantonen konzentrierten sich die Mitwirkungsverfahren auf die mittleren Altersgruppen (jeweils vier Kantone). Kinder bis zu vier Jahren wurden in Kantonen nicht beteiligt.

Dies kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass Mitwirkung vor allem dort praktiziert wird, wo sie mit schulischen Strukturen verknüpft werden kann. Die Verankerung in formalen Bildungs- und Betreuungsstrukturen scheint massgeblich für das Zustandekommen von Mitwirkung zu sein.

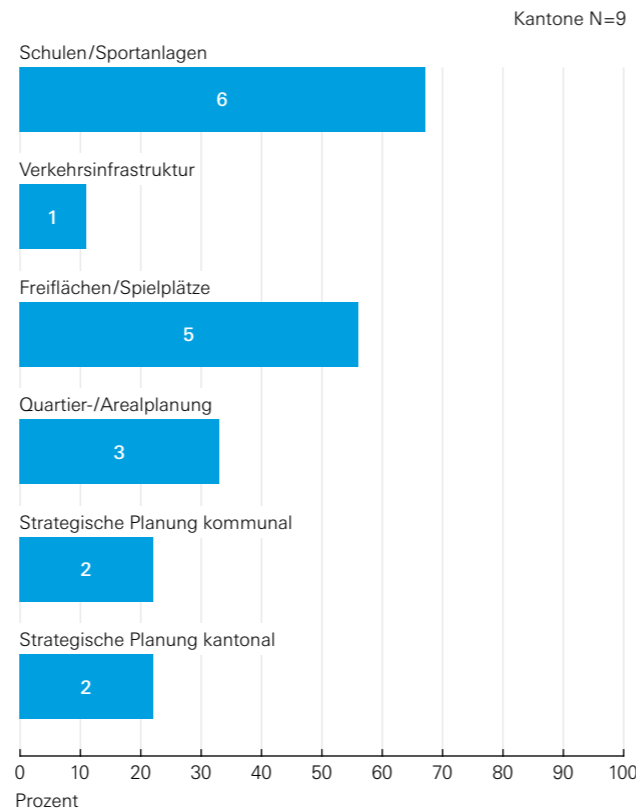
2.1.3 Themen der Mitwirkung bzw. Arten von Planungsvorhaben

Abbildung 6: Bei welchen Arten von Planungs- und Bauvorhaben wurden Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt?

Mehrfachantworten möglich



Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche wurden überwiegend bei konkreten, lebensweltlich relevanten Themen bzw. kleinteiligeren Vorhaben für öffentliche Freiflächen wie Parkanlagen oder Spielplätze durchgeführt, gefolgt von Planungen für öffentliche Nutzungen wie Schulen oder Sportanlagen. Bei grossmasstäblicheren Planungen wie Arealentwicklungen oder bei strategischen Planungen wurden Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche eher selten durchgeführt.



Bei den Kantonen zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Planung von Freiflächen war etwas weniger bedeutsam. Mitwirkungsverfahren wurden für strategische Planungen auf kantonalen Ebene wie auch auf kommunaler Ebene vergleichsweise selten durchgeführt.

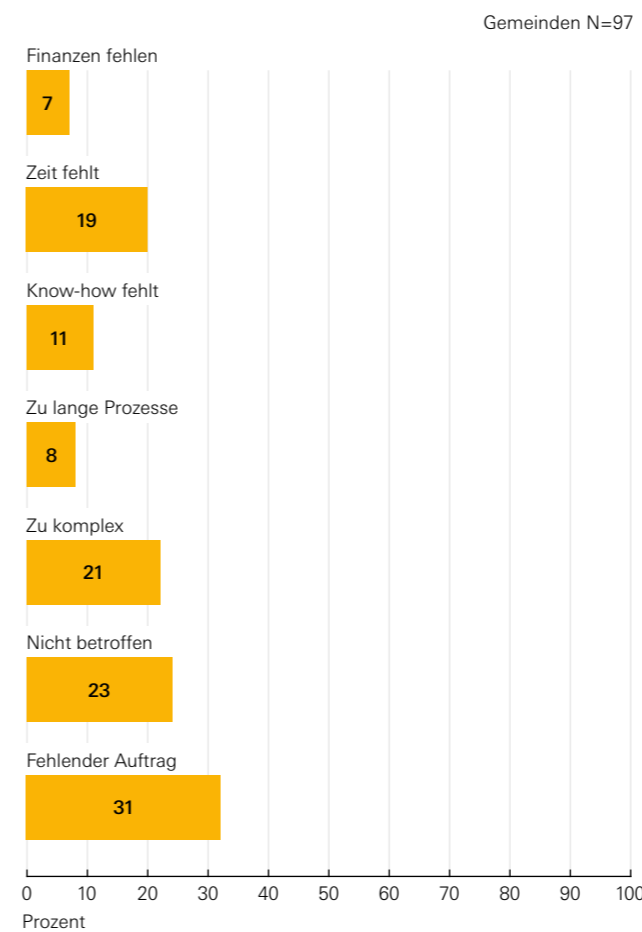
Die Hintergrundannahme scheint zu sein, dass Kinder und Jugendliche vor allem da «von Betroffenen zu Beteiligten gemacht» werden können bzw. sollen, wo es sich um möglichst konkrete Orte oder um für ihre Lebenswelten zentrale Angelegenheiten handelt. Dabei dürfte es sich in vielen Fällen um Zuschreibungen handeln. Bei Themen mit stärker technischer, langfristiger oder auch grossmasstäblicher Planungslogik werden dagegen seltener Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Mitwirkung wird somit primär als Gestaltung von Alltagsräumen genutzt bzw. verstanden und nicht als Teil strategischer Entwicklungsplanung.

2.1.4 Fehlende Mitwirkung insgesamt

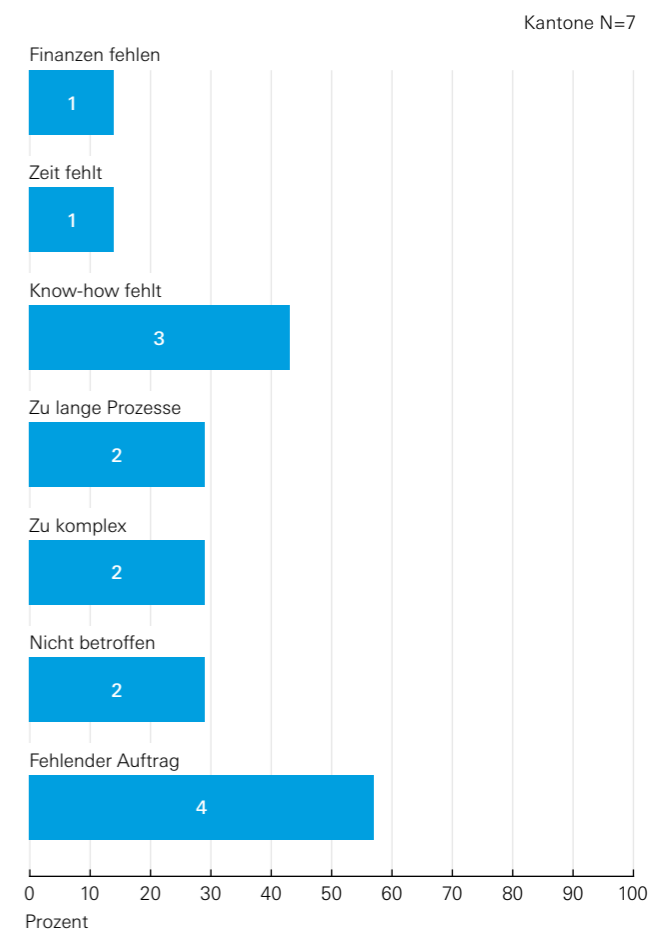
Wie zu Beginn schon gesagt, ist der Zusammenhang zwischen Populationsgrösse und der Durchführung von Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche signifikant: Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche werden in grösseren Gemeinden häufiger durchgeführt als in kleineren.

Abbildung 7: Welche Gründe sind entscheidend dafür, dass innerhalb der letzten fünf Jahre kein Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt wurde?⁵

Mehrfachantworten möglich



Als wichtigster Grund für die Nichtdurchführung von Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche wurde von etwa einem Drittel der Gemeinden der fehlende Auftrag genannt. Als weitere wichtige Gründe wurden die Nicht-Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen von den geplanten Vorhaben sowie die Komplexität des Themas und fehlende zeitliche Ressourcen benannt. In den Freitextantworten wurde zudem genannt, dass die Gemeinden zu klein seien und es damit zu wenig Kinder und Jugendliche gebe, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen rechtlich nicht verbindlich sei oder man dieser grundsätzlich skeptisch gegenüberstehe. Auch wurde darauf verwiesen, dass die allgemeinen Mitwirkungsmöglichkeiten grundsätzlich allen offen stünden.



⁵ Diese Frage wurde nur von Gemeinden/Kantonen beantwortet, die in den letzten fünf Jahren keine Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt haben.

Diese Verteilung verdeutlicht, dass die hemmenden Faktoren vor allem struktureller und institutioneller Natur sind. Die meisten Gemeinden wollen Kinder und Jugendliche nicht bewusst ausschliessen, sondern sehen sich ohne politischen Auftrag, Ressourcen oder geeignete Verfahren nicht in der Lage.

Von grösseren Gemeinden wurden signifikant häufiger fehlende zeitliche und finanzielle Ressourcen als Grund dafür benannt, dass keine spezifischen Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt wurden. Dies könnte als Hinweis auf andere Priorisierung und/oder fehlende politische Unterstützung hindeuten. Bei allen anderen Begründungen sind keine signifikanten Zusammenhänge zur Gemeindegrösse feststellbar.

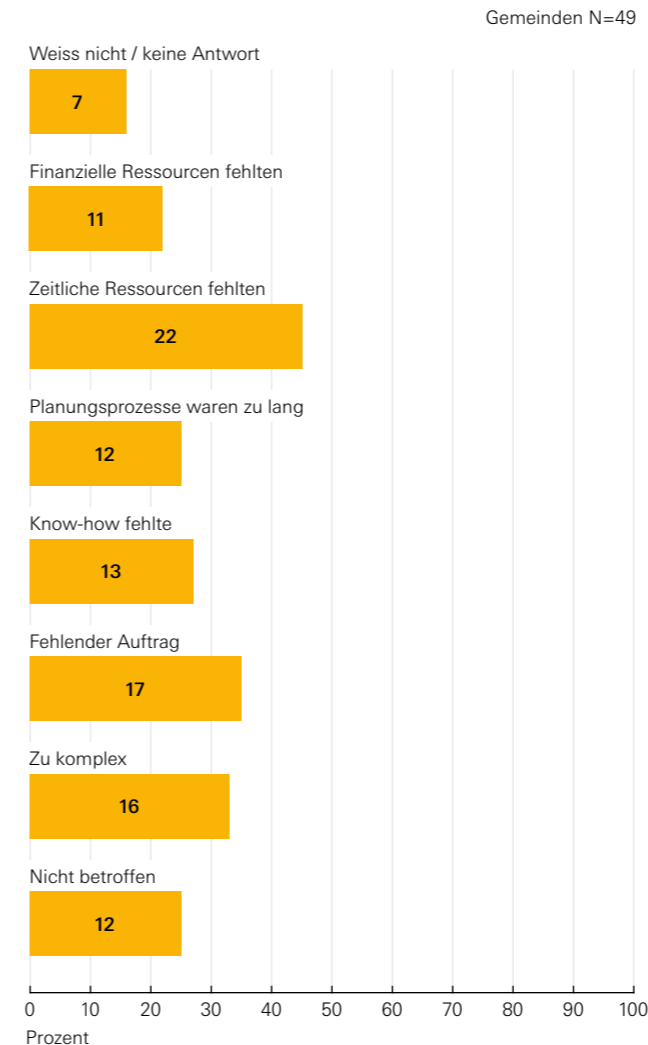
Bei den Kantonen überwog deutlich der fehlende Auftrag für die Durchführung von Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche. Auch fehlendes Know-how war bei Kantonen ein wichtiger Grund.

Diese Antworten deuten auf ein unterschiedliches Verständnis von Relevanz und Verantwortung hin: Obwohl auch in Gemeinden der Hauptgrund ein fehlender Auftrag war, gaben Gemeinden insgesamt häufiger operative Gründe an (Zeit, Ressourcen, Prozesse). Kantone argumentieren struktureller. Auch wird der grössere Abstand zur Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen deutlich. Allerdings muss insbesondere hier darauf hingewiesen werden, dass die Fallzahlen so niedrig sind, dass kleinste Differenzen in absoluten Zahlen zu grossen prozentualen Unterschieden führen.

2.1.5 Fehlende Mitwirkung an strategischer Planung

Abbildung 8: Sie haben angegeben, dass Kinder und Jugendliche auf der Ebene der strategischen Planung nicht einbezogen wurden. Was sind die Gründe dafür?⁶

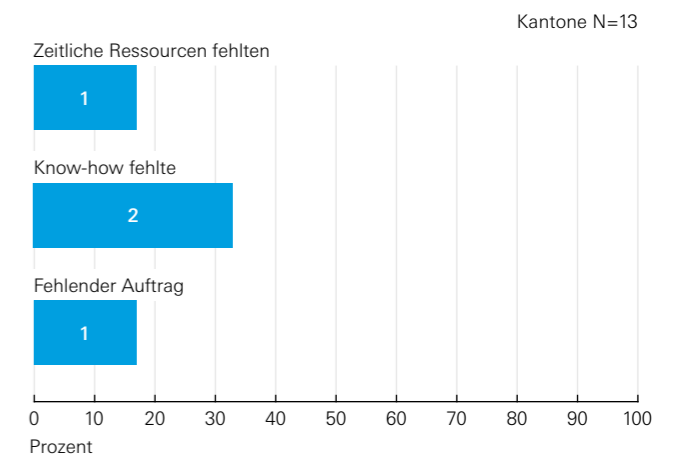
Mehrfachantworten möglich



Gemeinden, die Kinder und Jugendliche in verschiedenen Planungs- und Bauverfahren einbezogen haben, bei strategischen Planungen aber nicht, nannten dafür an erster Stelle die fehlende Zeit als Grund, gefolgt vom fehlenden Auftrag und hoher Komplexität des Themas. Es zeigen sich also deutliche Parallelen zu den Gründen für die fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche insgesamt. Hinsichtlich der Gemeindegrösse sind keine signifikanten Unterschiede bei der Begründung der fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten bei strategischen Planungen feststellbar.⁷

Damit wird deutlich: Nach der Selbsteinschätzung der Gemeinden liegt die Hürde kaum im Willen, sondern hauptsächlich in der Anschlussfähigkeit der Planungsverfahren für kindgerechte Beteiligung.

Aufgrund der wenigen Antworten zu dieser Frage sind Aussagen hinsichtlich der fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei strategischen Planungen auf Kantonsebene nicht möglich.



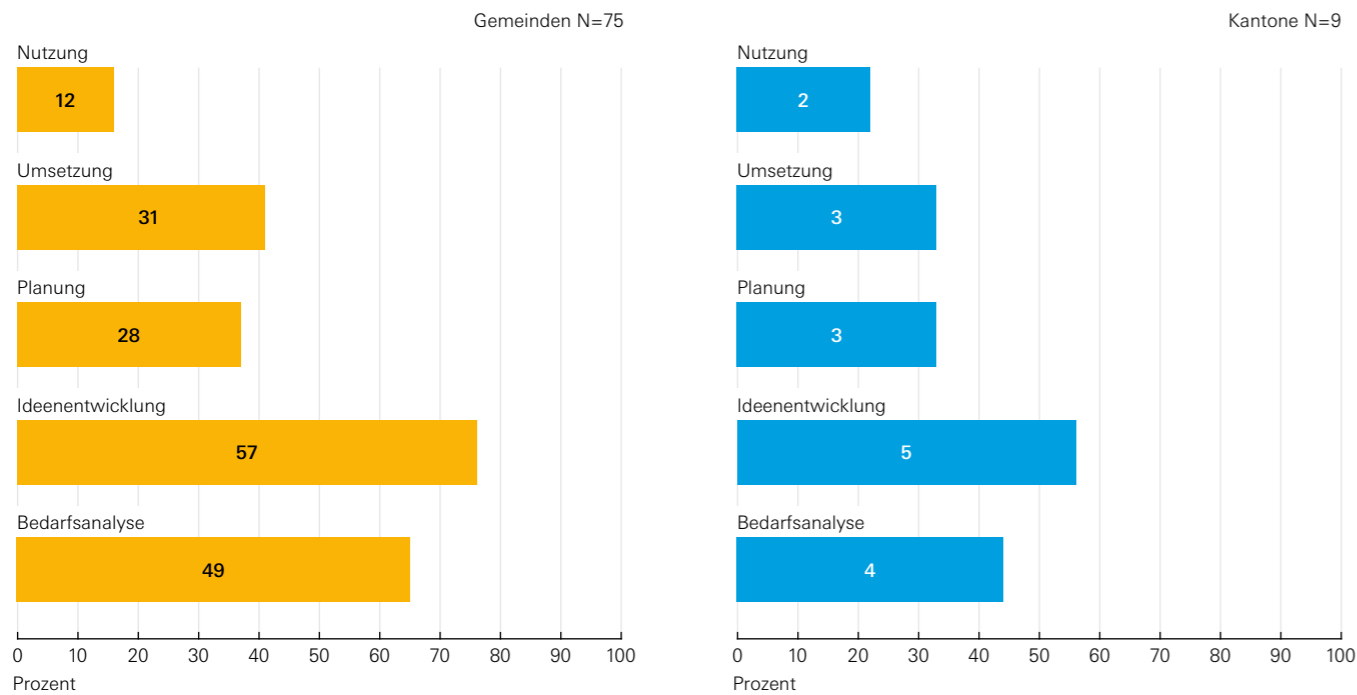
⁶ Diese Frage wurde nur von Gemeinden/Kantonen beantwortet, keine Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche an strategischen Planungsvorhaben durchgeführt haben.

⁷ Wofür sehr wahrscheinlich die insgesamt geringe Anzahl von Antworten auf diese Frage verantwortlich ist.

2.1.6 Phasen im Verfahren

Abbildung 9: In welcher Projektphase wurden Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt?

Mehrfachantworten möglich



Hinsichtlich der Projektphasen, in denen Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt wurden, zeigt sich ein sehr deutlicher Schwerpunkt auf den frühen Phasen der Bedarfsanalyse/Zielentwicklung sowie Konzeptphase/Ideenentwicklung. Im weiteren Projektverlauf, vor allem bei der Nutzungsregelung, konnten Kinder und Jugendliche nur noch selten mitwirken.

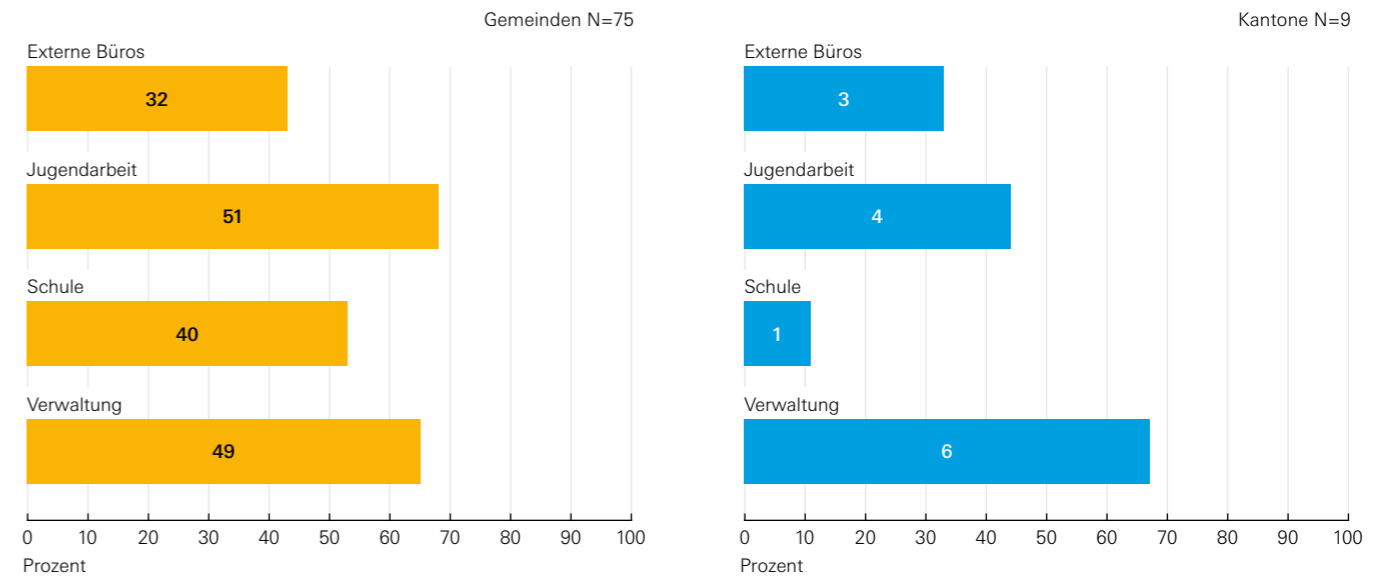
Auch bei den Kantonen konzentrierten sich die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf die Phasen von Bedarfserhebung und Ideenfindung.

Partizipation diene somit häufig der Analyse des Bestandes und der Bedürfnisse oder Wünsche sowie der ersten Entwicklung von Ideen, weniger der verbindlichen Mitentscheidung oder Umsetzung bzw. Nutzung. Diese Asymmetrie verweist auf ein verbreitetes Inputorientiertes Verständnis: Kinder und Jugendliche liefern Ideen, deren Weiterverarbeitung jedoch weitgehend in der Verantwortung der Verwaltung bleibt.

2.1.7 Akteur:innen-Landschaft

Abbildung 10: Wer führte die Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durch?

Mehrfachantworten möglich



Besonders bedeutend für die Durchführung der Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche waren Kinder- und Jugendarbeit sowie Schule (Leitung, Lehrperson, Schulsozialarbeit). Sowohl bei den internen Verwaltungsstellen als auch bei externen Büros, die Mitwirkungsverfahren durchführen, wurden Mitarbeitende aus dem sozialen Bereich bzw. der Partizipation sowie aus dem Planungs- und Baubereich als wichtigste Akteur:innen genannt.

Das zeigt, dass Partizipation stark pädagogisch und sozial verankert ist. Die Federführung liegt seltener bei der Bauverwaltung oder Fachstellen der Raumplanung. Dies kann niederschwellige Zugänge fördern, zugleich aber die institutionelle Integration in planungsrelevante Entscheidungsprozesse erschweren.

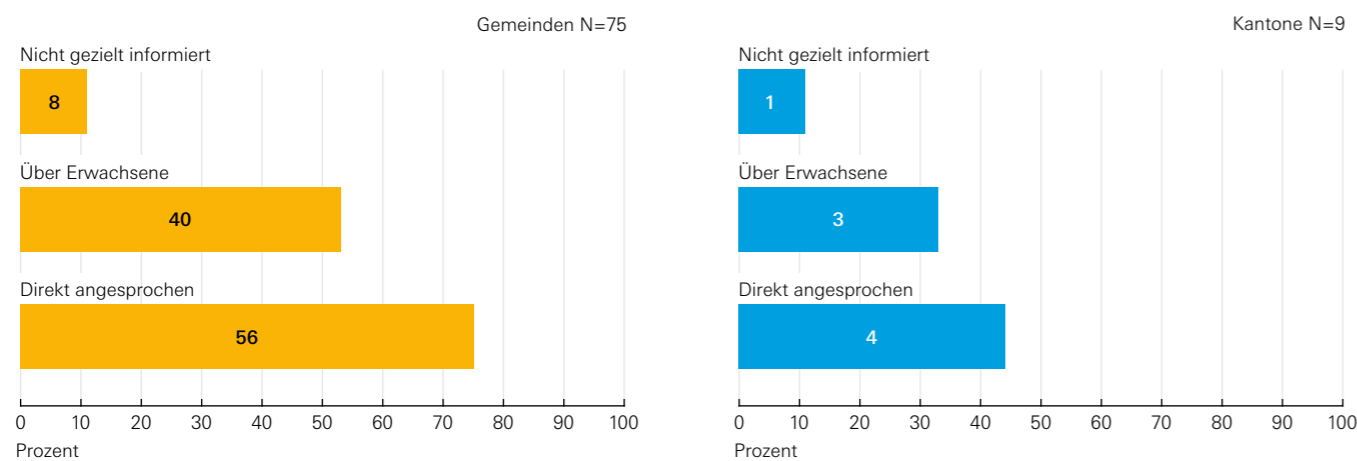
Auch auf kantonaler Ebene war die Durchführung von Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durch Verwaltungsstellen mit Abstand am häufigsten. Zur Zusammenarbeit mit Schulen kam es nur in einem Fall.

Dies zeigt, dass Kantone selten selbst Mitwirkungsverfahren durchführen, sondern dafür mit den zuständigen Stellen in Gemeinden zusammenarbeiten.

2.1.8 Information und Kommunikation

Abbildung 11:
Wie wurden die Kinder und Jugendlichen über Mitwirkungsverfahren informiert?

Mehrfachantworten möglich



Drei Viertel der Gemeinden informierten Kinder und Jugendliche direkt über Mitwirkungsangebote, meist über Schulen oder Jugendtreffs. Etwa die Hälfte nutzte (zum Teil zusätzlich) indirekte Kanäle über Eltern oder Erwachsene. Nur gut ein Zehntel gab an, dass Kinder und Jugendliche nicht gezielt informiert werden.

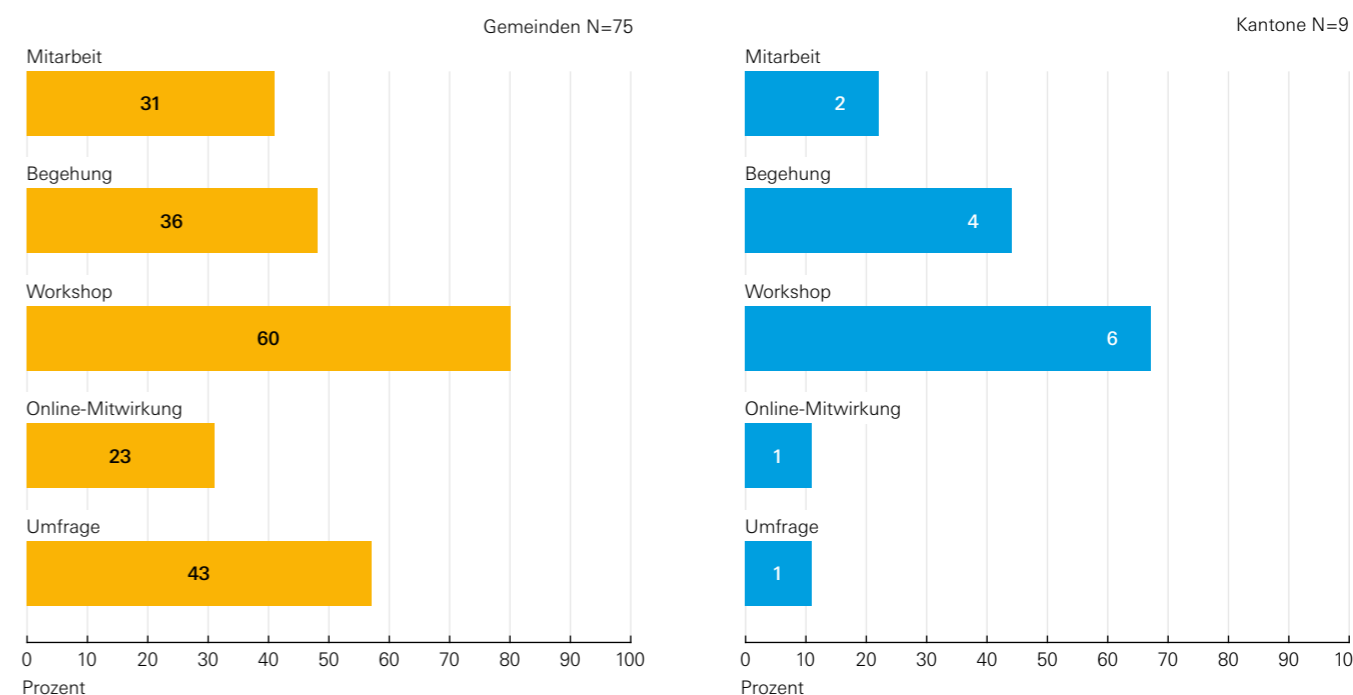
Auf kantonaler Ebene wurde insgesamt wenig über Mitwirkungsmöglichkeiten informiert; es überwog aber auch hier die direkte Ansprache der Kinder und Jugendlichen.

Diese Zahlen zeigen, dass Beteiligung überwiegend persönlich und wahrscheinlich online über spezifische Kanäle vermittelt wird. Formalisierte Kommunikationswege oder systematische Öffentlichkeitsarbeit sind dagegen selten.

2.1.9 Methoden und Instrumente der Mitwirkung

Abbildung 12:
Mit welchen Methoden wurden Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche durchgeführt?

Mehrfachantworten möglich



Bei den Methoden der Mitwirkung dominierten insgesamt jene, die auf Interaktion und einen höheren zeitlichen Aufwand ausgelegt sind: Workshops, Begehung sowie die direkte Mitarbeit bei Bau/Umsetzung wurden am häufigsten genannt. In mehr als der Hälfte der Gemeinden wurden Umfragen durchgeführt. Möglichkeiten der Online-Mitwirkung wurden nur von knapp einem Drittel der Gemeinden genutzt. Zusätzlich wurden einige Methoden für die Mitwirkung von kleinen Kindern benannt.

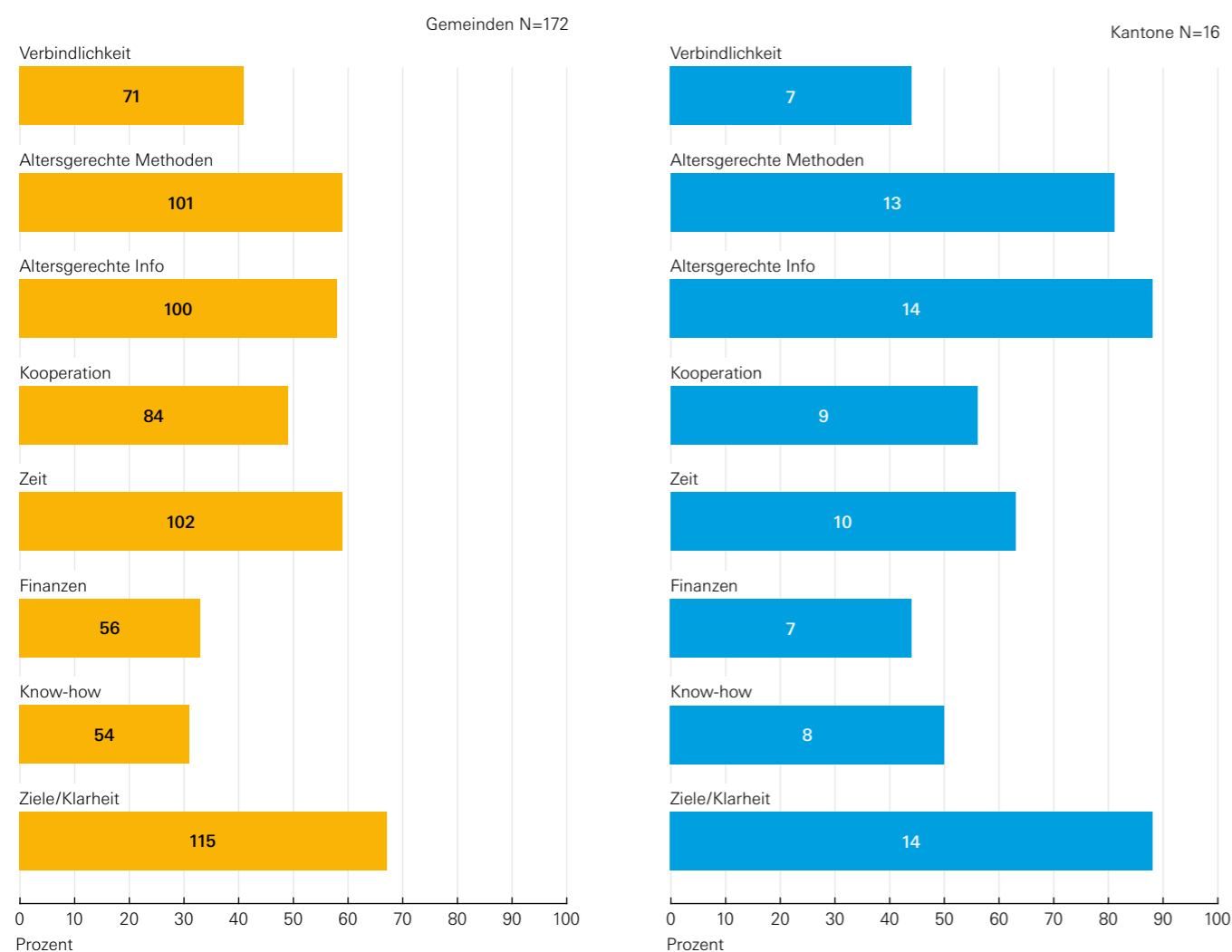
Auch bei den Kantonen überwogen Workshops als Methode für Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche. Möglichkeiten der Online-Mitwirkung und Umfragen wurden jeweils von einem Kanton genutzt.

Die relativ geringe Nutzung digitaler Instrumente deutet darauf hin, dass kontinuierliche Verfahren (zum Beispiel Online-Plattformen) bislang wenig etabliert sind. Viele Gemeinden greifen auf bewährte Methoden zurück, die eher auf direkten Austausch ausgerichtet sind.

2.1.10 Erfolgsfaktoren

Abbildung 13:
Welche Faktoren erscheinen Ihnen für die erfolgreiche Durchführung von Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche wichtig?

Mehrfachantworten möglich



Um Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche erfolgreich durchführen zu können, erachteten die Gemeinden folgende Faktoren als besonders wichtig: Definition von Zielen sowie Möglichkeiten und Grenzen des Mitwirkungsverfahrens. Ausreichende zeitliche Ressourcen, altersgerechte Methoden in der Durchführung und altersgerechte Information/Einladung zur Mitwirkung wurden ebenfalls von deutlich über der Hälfte der Gemeinden als wichtig benannt.

Von den Kantonen wurde allen genannten Erfolgsfaktoren (zum Teil deutlich) mehr Gewicht zugeschrieben als von den Gemeinden, mit Ausnahme der Verbindlichkeit, dass Bedürfnisse und Anregungen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden.

Die Unterschiede zwischen Gemeinden sowie Kantonen spiegeln die jeweiligen Rollen wider: Gemeinden betonen Ressourcen und Umsetzung, Kantone Qualität und Struktur.

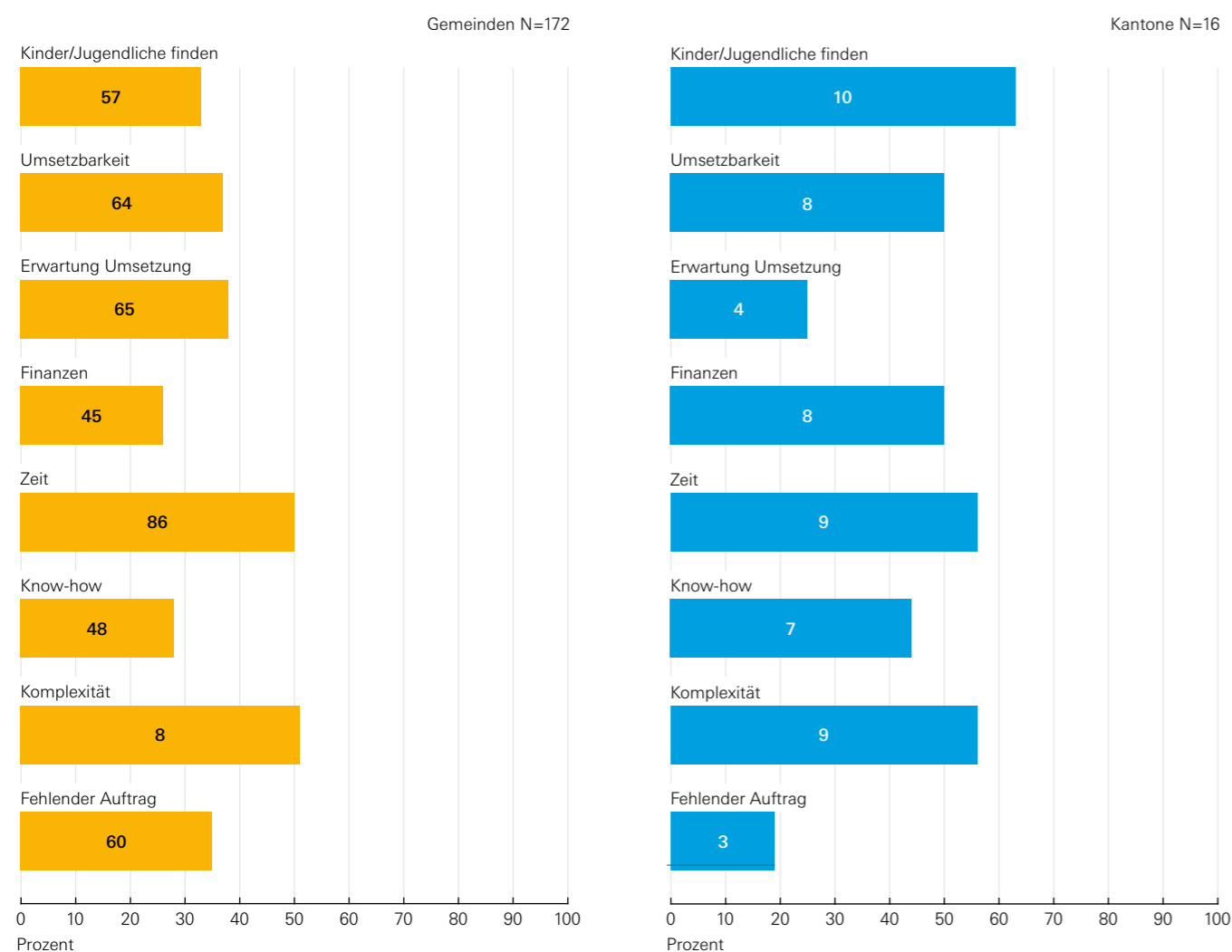
Hinsichtlich der Bewertung von Erfolgsfaktoren zeigen sich Unterschiede zwischen Gemeinden, die schon Erfahrungen mit der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gemacht haben, und jenen, denen diese Erfahrungen bisher fehlen: Letztere schätzten sämtliche⁸ abgefragten Erfolgsfaktoren signifikant weniger häufig als relevant ein. Zudem wurden alle abgefragten⁹ Erfolgsfaktoren mit zunehmender Gemeindegrosse signifikant häufiger benannt. Dies kann dahingehend gelesen werden, dass mit zunehmender Erfahrung und institutioneller Einbindung die Sensibilität für Prozessqualitäten steigt.

^{8/9} Mit Ausnahme der altersgerechten Information/Einladung, bei der es keinen signifikanten Unterschied gibt.

2.1.11 Herausforderungen

Abbildung 14:
Was sind gemäss Ihrer Einschätzung wesentliche Herausforderungen bei der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen?

Mehrfachantworten möglich



Als Herausforderungen bei der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen wurde eine Vielzahl von Aspekten genannt. Die Komplexität des Themas und fehlende zeitliche Ressourcen wurden am häufigsten von etwa der Hälfte der Gemeinden benannt. In den Freitextantworten wurden einige Punkte spezifiziert. So wurde der fehlende Auftrag beispielsweise durch fehlende Kontinuität, fehlendes Bewusstsein bei Entscheidungsträger:innen, ungeklärte Zuständigkeiten usw. unterstrichen. Bei Schwierigkeiten der Erreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen wurde auf deren Diversität verwiesen, die zusätzliche Herausforderungen mit sich bringe. Für Kleinstgemeinden wurde der Aufwand der Mitwirkung als zu hoch dargestellt.

Für die Kantone war es die bedeutendste Herausforderung, Kinder und Jugendliche für das Mitwirkungsverfahren zu finden. Auch die Umsetzbarkeit der vorgebrachten Ideen und fehlendes Know-how wurden als gewichtiger eingeschätzt als von Gemeinden; hingegen spielte ein fehlender Auftrag eine deutlich geringere Rolle.

Die Gegenüberstellung von Gemeinden und Kantonen zeigt, dass Gemeinden stärker interne, Kantone stärker systemische Herausforderungen sehen. Dies könnte auf fehlende Schnittstellen und Koordinationsmechanismen hinweisen.

Spannend ist, dass sich deutliche Unterschiede zeigen zwischen Gemeinden, die schon Erfahrungen mit Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gemacht haben, und jenen, denen diese Erfahrungen bisher fehlen: Letztere schätzten sowohl die zeitlichen und finanziellen Ressourcen als auch die Erwartungshaltung, dass Ideen effektiv umgesetzt werden, signifikant weniger häufig als Herausforderung ein.¹⁰

Der fehlende Auftrag für die Umsetzung von Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche war zwar der häufigste Grund, dass Mitwirkungsverfahren nicht durchgeführt werden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass politische Legitimation zwar Voraussetzung, aber nicht hinreichend für nachhaltige Praxis ist.

Grössere Gemeinden gaben signifikant häufiger fehlende zeitliche und finanzielle Ressourcen als Herausforderungen an als kleine.¹¹

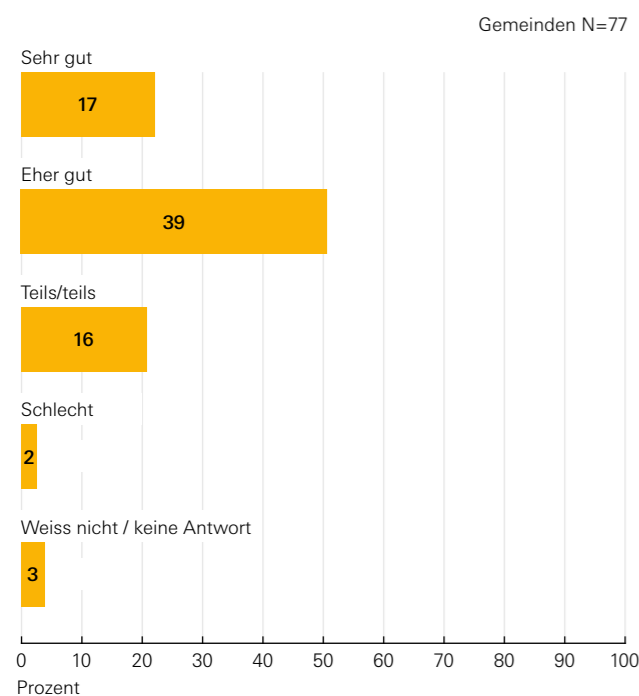
¹⁰ Bei den übrigen Herausforderungen (fehlender Auftrag, Komplexität des Themas, fehlendes Know-how, Umsetzbarkeit der vorgebrachten Ideen sowie Finden von Kindern und Jugendlichen für das Mitwirkungsverfahren) sind die Unterschiede zwischen beiden Gruppen nicht signifikant.

¹¹ Nicht signifikant ist hingegen der Zusammenhang zwischen Populationsgrösse und den Herausforderungen fehlender Auftrag, Komplexität des Themas, fehlendes Know-how, Erwartungshaltung, dass Ideen auch umgesetzt werden, Umsetzbarkeit der vorgebrachten Ideen, Jugendliche für das Mitwirkungsverfahren zu finden.

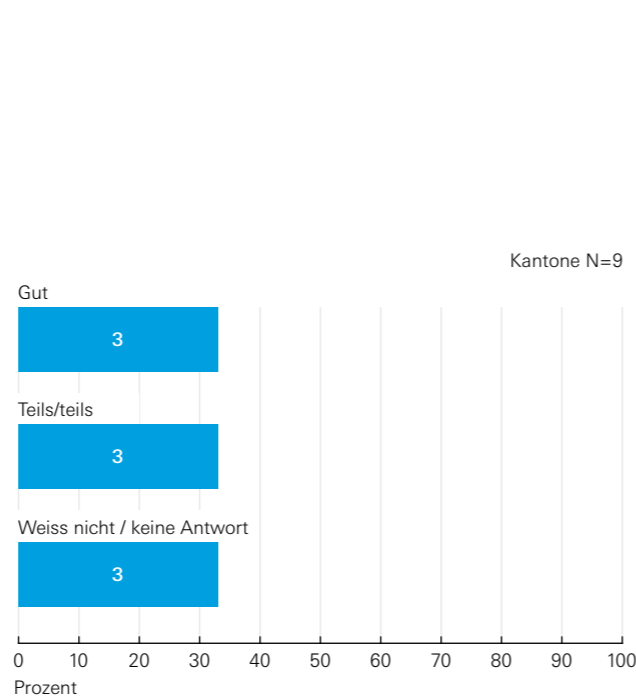
2.1.12 Gesamtbewertung der bisherigen Erfahrungen

Abbildung 15: **Alles in allem: Wie bewerten Sie Ihre Erfahrungen mit der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen?**

Mehrfachantworten möglich



Insgesamt bewerteten knapp drei Viertel der Gemeinden, die bisher Erfahrung mit der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gemacht hatten, ihre Erfahrungen als sehr gut oder gut.

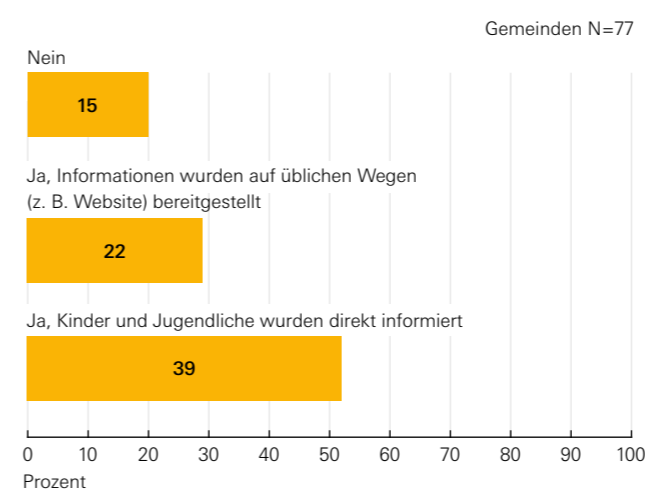


Bei den Kantonen fällt die Bewertung weniger positiv aus: Von den neun Kantonen, die bisher Erfahrungen mit der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gemacht hatten, bewerteten drei ihre Erfahrung als gut, drei als teils-teils, drei machten keine Angaben.

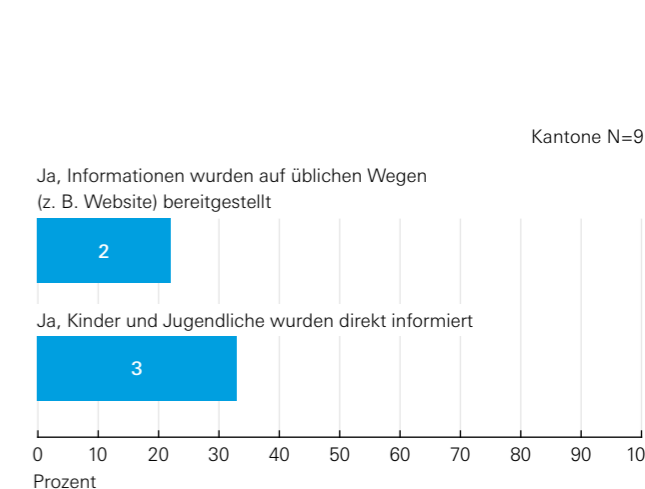
Diese insgesamt hohe Zufriedenheit trotz Herausforderungen spricht für starke intrinsische Motivation.

2.1.13 Gesamtbewertung der bisherigen Erfahrungen

Abbildung 16: **Wurden Kinder und Jugendliche im Verlauf der Planungs- und Bauvorhaben über weitere Schritte/Ergebnisse/Dinge, die nicht umsetzbar sind, informiert?**



Etwa in der Hälfte der Gemeinden wurden Kinder und Jugendliche über den weiteren Verlauf des Verfahrens oder über Dinge, die nicht umsetzbar waren, direkt informiert.



In einem knappen Drittel der Gemeinden wurden sie über die Website oder andere übliche Kanäle informiert und in einem guten Fünftel der Gemeinden überhaupt nicht.

2.1.14 Positive und negative Erfahrungen mit Partizipation und weitere Freitextantworten

Besonders positiv bewertet wurden Beteiligungsprozesse, bei denen Kinder und Jugendliche konkret mitgestalten und sichtbare Resultate erleben konnten, wie bei der Gestaltung von Schulhöfen, Pausenplätzen oder Spielzonen. Ein Beispiel, wie es in ähnlicher Form mehrfach benannt wurde, ist die gemeinsame Planung einer Skater- und Parkouranlage: Kinder und Jugendliche erhielten Fragebögen, entwarfen Ideen, diskutierten Vorschläge mit Fachpersonen und entschieden schliesslich über eine kombinierte Anlage, die später mit Unterstützung der Gemeinde und lokaler Unternehmen umgesetzt wurde. Die Beteiligten berichteten, dass dadurch ein starkes Verantwortungsgefühl und Stolz bei den Kindern entstanden seien.

Weitere positive Beispiele stammen aus Gemeinden, in denen Kinder und Jugendliche temporäre oder kreative Formate nutzen konnten – etwa Workshops zu Zwischennutzungen, Modellbauprojekte an Schulen oder «Mitmachbaustellen». In mehreren Fällen wurde betont, dass Kinder durch Beteiligung nicht nur ihre Umgebung mitgestalten, sondern auch demokratische Prozesse und Verantwortungsübernahme erleben.

Auf kantonaler Ebene wurden zudem koordinierende Funktionen sowie die Sammlung und Bereitstellung von Know-how für Gemeinden als positive Erfahrungen hervorgehoben.

Negative Erfahrungen bezogen sich meist auf Scheinpartizipation und zeitliche oder kommunikative Brüche: Kinder verloren das Interesse, wenn zwischen Mitwirkung und Umsetzung mehrere Jahre vergingen oder wenn sie über den weiteren Verlauf nicht informiert wurden. Ein Beispiel beschreibt den Umbau eines Spielplatzes, bei dem zwischen Planung und Realisierung vier Jahre lagen – ein Kindern nicht zu vermittelnder Zeitraum. Ebenso problematisch war es, wenn Ergebnisse der Beteiligung nicht zurückgespielt oder entwertet wurden oder wenn politische oder administrative Entscheidungen im Nachhinein die Vorschläge übergangen.

Die in der Umfrage erhobenen offenen Antworten ergänzen das quantitative Bild um wichtige qualitative Nuancen. Genannt wurden unter anderem folgende Herausforderungen:

- Alle sozialen Milieus und Sprachen zu erreichen.
- Politische Brüche zwischen Legislativen, die Projekte gefährden.
- Der Bedarf nach professioneller Begleitung und klaren Leitfäden.
- Die Schwierigkeit, komplexe Planungsprozesse kindgerecht zu vermitteln.
- Die Notwendigkeit, Partizipation innerhalb der Verwaltung zu verankern.

Dies bestätigt: Mitwirkung ist nicht primär eine Frage des Willens, sondern der Offenheit und Lernfähigkeit sowie der strukturellen Unterstützung.

2.1.15 Unterschiede zwischen Gemeinden und Kantonen

Ein Vergleich der Gemeinde- und Kantonsumfrage zeigt deutliche Unterschiede in Perspektive und Funktion. Gemeinden betrachten Mitwirkung vorwiegend operativ und umsetzungsbezogen, während Kantone eher koordinierend und rahmensetzend agieren. Kantone betonen methodische Qualität und Kommunikation stärker, Gemeinden dagegen politische Rückendeckung und Ressourcenausstattung. Diese Differenz verweist auf das Fehlen übergeordneter Koordinationsmechanismen: Mitwirkung bleibt in der kommunalen Verantwortung, doch die strukturelle Unterstützung durch kantonale Ebenen könnte zur Verstärkung beitragen.

2.2 Ergebnisse der Expert:innen-Gespräche zur lokalen Praxis der Partizipation

Die Gespräche mit Vertreter:innen aus zehn Gemeinden verschiedener Sprachregionen und Grössenklassen lassen sich anhand der folgenden fünf Aspekte auffächern:

2.2.1 Strukturelle und institutionelle Dimension

Die institutionellen Rahmenbedingungen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen variieren stark. Sie reichen von personenbasierten Initiativen bis zu formalisierten Fachstellen. Das zeigt einerseits, dass die Wichtigkeit der Partizipation sehr unterschiedlich gewertet wird. Andererseits entsprechen die Bedingungen auch weitgehend der Differenzierung anhand der Grösse der Gemeinde und ihrer Verwaltungen.

Besonders kleine und strukturell junge Gemeinden verfügen häufig über wenig etablierte Verwaltungsstrukturen. Partizipationsmöglichkeiten hängen dort oft von einzelnen engagierten Personen ab, von Lehrpersonen, Jugendarbeitenden oder Gemeinderät:innen, die Beteiligung aus persönlicher Überzeugung initiieren und umsetzen oder fördern. Diese Modelle sind niedrigschwellig und stark beziehungsorientiert, aber zugleich fragil. Fällt die Schlüsselperson weg, fehlt häufig die institutionelle Stütze für Kontinuität.

In mittelgrossen Gemeinden zeigen sich vermehrt kooperative Modelle, in denen verschiedene Verwaltungsdepartemente/-abteilungen/-bereiche wie Bildung, Soziales, Planung oder Jugend zusammenarbeiten. Hier wird Partizipation ressortübergreifend durchgeführt, ohne jedoch bereits eine feste institutionelle Verankerung zu haben. Koordination und Zuständigkeiten müssen immer wieder neu ausgehandelt werden, Bemühungen zur Institutionalisierung unter Berücksichtigung der verwaltungsinternen Ressourcen laufen.

In grösseren Gemeinden ist Partizipation Teil der Verwaltungsstruktur. Sie wird durch Fachstellen, Leitlinien, Verordnungen oder Reglemente gestützt und ist als Querschnittsaufgabe etabliert. Diese Gemeinden verfügen über klar definierte Prozesse und interne Kompetenzen, wodurch Beteiligung weniger vom Zufall abhängt. Die institutionelle Einbettung erleichtert zum Teil die Verbindung von planerischen, sozialen und pädagogischen Ansätzen, zum Teil scheidet diese aber auch an den «Silos» der Verwaltung.

2.2.2 Politische, rechtliche und kulturelle Legitimation

Die Praxis der Kinder- und Jugendpartizipation ist sehr heterogen. Ihre Legitimation reicht von moralisch motiviertem Engagement bis zu politisch-administrativer Verpflichtung.

In mehreren Gemeinden bildet die persönliche Haltung einzelner Akteur:innen die Grundlage. Partizipation geschieht, «weil man es für richtig hält». Moralische Legitimation ist eine starke, dabei aber verletzbare Antriebskraft: ohne politischen Auftrag bleibt sie vom Engagement Einzelner abhängig. Aber auch der politische Wille allein genügt nicht, wenn Verwaltungsstrukturen und Ressourcen nicht ausreichen.

Ein zweites Muster sind programmatisch legitimierte Verfahren, beispielsweise im Kontext des UNICEF Labels «Kinderfreundliche Gemeinde». Dieses Label fungiert als Katalysator: Es schafft Aufmerksamkeit, politische Rückendeckung und Zugang zu Ressourcen. Partizipation kann im Rahmen solcher Programme sichtbar verankert werden, bleibt aber dennoch teils projekt- oder personengebunden.

In anderen Gemeinden ist Partizipation rechtlich und administrativ verankert. Verordnungen, Reglemente oder strategische Leitbilder definieren Zuständigkeiten und Qualitätsstandards. Hier ist Beteiligung nicht mehr Engagement von Einzelpersonen, sondern politischer Auftrag und Bestandteil guter Verwaltungspraxis.

Über alle Gemeinden hinweg zeigt sich: Partizipation wird nachhaltig wirksam, wenn sie als normaler Bestandteil kommunalen Handelns verstanden wird, also als Bestandteil der lokalen Kultur selbstverständlich erlebt und gelebt wird. Wo dieses Bewusstsein bei Verantwortlichen fehlt, wird sie als Zusatzaufgabe erfahren. Insbesondere bei Zeit- und Ressourcenmangel muss sie jeweils aufs Neue ausgehandelt werden und kann so auch zeitweise oder ganz wegfallen.

2.2.3 Umsetzungspraxis: Formen, Methoden und Reichweite

Die Umsetzung der Partizipation erfolgt in sehr unterschiedlichen Formaten und Tiefen. Sie reicht von projektbezogener Mitwirkung bei konkreten baulichen Vorhaben bis zu umfassender Partizipation.

In vielen Gemeinden dominieren thematisch begrenzte Formate, etwa bei Spielplatzplanungen, Schularealen oder Jugendräumen. Diese Projekte sind greifbar, ergebnisorientiert und bieten sichtbare Ergebnisse und Lernchancen. Sie eignen sich wegen ihrer Verankerung im Sozialraum und im Alltag der Kinder und Jugendlichen besonders für Mitwirkung.

Einige Gemeinden integrieren Kinder und Jugendliche in Planungsprozesse. Vielfach bleibt die Mitwirkung auf Teilphasen der Planungsprozesse beschränkt oder punktuell, mit Schwerpunkt auf frühen Phasen wie Bedarfsanalyse oder Ideensammlung. Diese Verfahren können die Akzeptanz und Planungsergebnisse verbessern, bleiben aber oftmals abhängig von politischen Zeitfenstern und Ressourcen.

In institutionell entwickelten, überwiegend grossen Gemeinden ist Partizipation Teil des laufenden Verwaltungshandelns. Sie wird in der Quartierarbeit, Schulentwicklung oder Stadtplanung systematisch berücksichtigt. Auffällig ist, dass Partizipation in Schule und Quartier überwiegend unabhängig von der Mitwirkung an Planungs- und Bauvorhaben gedacht und organisiert wird. In grossen Städten sind beide Formen der Partizipation in unterschiedlichen Departementen oder Abteilungen angesiedelt, zumeist ohne dass es eine institutionalisierte Zusammenarbeit gibt. In kleinen Gemeinden überwiegt insgesamt die Partizipation im Rahmen von Schule und Jugendarbeit. Deren etablierte Zugänge werden im Rahmen von Planungs- und Bauvorhaben kaum genutzt.

Die Gemeinden experimentieren mit einer Vielzahl von Methoden – von Workshops und Begehungen über digitale Plattformen bis zu längerfristigen Arbeitsgruppen. Deutlich wird, dass methodische Vielfalt als Voraussetzung gilt, um unterschiedliche Altersgruppen und Lebenslagen anzusprechen.

2.2.4 Partizipationsverständnis und -kultur

Das Verständnis von Partizipation variiert deutlich und prägt die jeweilige Umsetzungspraxis. Drei idealtypische Orientierungen lassen sich unterscheiden:

- **Pädagogisch-emanzipatorisches Verständnis:** Partizipation wird als Lernfeld betrachtet, in dem Kinder und Jugendliche Selbstwirksamkeit und demokratische Kompetenzen erfahren. Diese Perspektive ist besonders in kleineren Gemeinden und bei schulischem Bezug verbreitet.
- **Instrumentellplanerisches Verständnis:** Beteiligung wird als Mittel zur Verbesserung von Planungsqualität und Akzeptanz verstanden und dient beispielsweise dazu, Projekte bürgernäher und bedarfsge rechter zu gestalten.
- **Reflexiv-kooperatives Verständnis:** Partizipation wird als gegenseitiger Lernprozess gesehen, der Verwaltung, Politik und Bevölkerung einschliesst. Es wird betont, dass Beteiligung nicht nur Kinder und Jugendliche stärkt, sondern auch die Verwaltung befähigt, von den Perspektiven junger Menschen zu lernen. Teilweise wird Partizipation dann auch als Instrument sozialer Kohäsion verstanden, das jugend-, sozial- und stadtentwicklungspolitische Aspekte verbindet.

Diese Perspektiven lassen sich zwar analytisch klar unterscheiden, vor Ort in den Gemeinden kommt es aber durchaus auch zu Kombinationen von Merkmalen mehrerer Idealtypen.

2.2.5 Nachhaltigkeit und Entwicklungsdynamiken

Die Nachhaltigkeit der Partizipation hängt wesentlich von institutioneller und politischer Stabilität bzw. ihrer Verankerung in Reglementen oder Leitbildern ab. Kurzfristige Projekte schaffen Aufmerksamkeit, ohne Verankerung versanden sie jedoch oft und ihre Wirkung bleibt punktuell. Dabei reicht das Spektrum von ereignisorientierter Mitwirkung, die punktuell stattfindet und zumeist personengebunden ist, über institutionalisierte Mitwirkung mit klaren Zuständigkeiten, Prozessstandards und Evaluationsmechanismen. In einigen Fällen geht es sogar bis hin zu einer kulturell verankerten Partizipation als dauerhafte Praxis, die in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit eingebettet ist.

Ein wiederkehrendes Risiko besteht in politischen Wechseln und Legislaturzyklen. Neue Mehrheiten oder Prioritäten können Mitwirkungsprozesse verzögern oder kommunizierte, aber nicht verankerte Umgangsweisen mit Ergebnissen der Prozesse verändern. Darin liegt ein grosses Frustrationspotential, vor allem für die mitwirkenden Kinder und Jugendlichen. Für kommunale Akteur:innen gehen gesammelte Erfahrungen verloren und Chancen zur Verstetigung werden vertan. Gleichzeitig können sich neue Möglichkeiten (auch kurzfristig) durch veränderte personelle oder programmatische Konstellationen ergeben.

2.2.6 Zusammengefasst: Erfolgsfaktoren, Bedarf und Perspektiven

Übergreifend aus Umfrage und Gesprächen zeigt sich: Je stärker Partizipation strukturell verankert ist, desto resilienter ist sie gegenüber Personalwechseln und politischen Zyklen. Durch den Aufbau einer lokalen Kultur der Partizipation, in der gegenseitiges Lernen Alltag ist, können Gewinne umfassender genutzt werden.

Langfristig stabile Partizipation braucht eine Kombination aus mehreren Faktoren, die an die lokalen Gegebenheiten angepasst ist. Dazu gehören die Grösse der Gemeinde, eine feste institutionelle Verankerung, personelle Kontinuität und politischer Rückhalt.

Eine bislang wenig genutzte Chance liegt darin, Partizipation stärker vernetzt zu denken und zu organisieren – etwa im schulischen Kontext oder im Sozialraum sowie bei der Mitwirkung an Planungs- und Bauvorhaben.

Folgende **zentrale Erfolgsfaktoren für kommunales Handeln** lassen sich als Ergebnis aus der Umfrage und den Gesprächen benennen:

- **Politischer Rückhalt:** Ohne Mandat und Unterstützung durch die Exekutive bleibt Partizipation in der Regel punktuell.
- **Ressourcen und Wissen:** Zeit, Personal und methodische Kompetenz sind Voraussetzung für Qualität.
- **Koordination über Ressorts hinweg:** Partizipation funktioniert nachhaltig nur, wenn Bildung, Soziales, Planung und Politik zusammenarbeiten.
- **Kulturelle Offenheit:** Eine Gemeinde, die bereit ist, von jungen Menschen zu lernen, schafft die Basis für Nachhaltigkeit.

Aus diesen Erfolgsfaktoren lassen sich folgende **Aussagen zu Bedarf und Perspektiven** ableiten:

- **Ressourcen und Strukturen:** Fast alle Gemeinden fordern mehr finanzielle und personelle Ressourcen, um Partizipation professionell durchführen zu können. Besonders betont wird die Notwendigkeit von Fachstellen oder klar definierten Zuständigkeiten, um Prozesse zu koordinieren und die Kontinuität sicherzustellen. Darüber hinaus wird der Bedarf für eine klare Prozessgestaltung innerhalb der Verwaltung hervorgehoben: beispielsweise mit Prüffragen, wann Partizipation sinnvoll ist, und mit standardisierten Verfahren, die von der Planung bis zur Umsetzung reichen.
- **Politischer Rückhalt und Verbindlichkeit:** Viele Gemeinden wünschen sich ein verbindliches Bekenntnis der Exekutive für alle Abteilungen sowie eine grundlegende Verankerung in Reglementen oder Leitbildern. Politischer Wille wird als entscheidende Voraussetzung genannt, um Partizipation dauerhaft und gewinnbringend zu etablieren.
- **Methodische und fachliche Unterstützung:** Gewünscht werden Leitfäden, Schulungen, Beispiele guter Praxis sowie Vernetzung und Austausch, um eine gemeinsame Haltung und ein konsistentes Verständnis von Partizipation zu fördern und Anregungen für den Arbeitsalltag zu erhalten.

Einige Gemeinden verweisen auf die Rolle von Schulen und Jugendarbeit als Schlüsselakteur:innen, welche die Partizipation in bestehende Strukturen einbetten und damit nachhaltiger gestalten können. Andere betonen die Bedeutung einer «partizipativen Haltung» in allen Verwaltungseinheiten, um Partizipation nicht als Zusatzaufgabe, sondern als Querschnittsthema zu verstehen.

3 Weiterführende Erkenntnisse

Betrachtet man die Ergebnisse der Studie vor dem Hintergrund unterschiedlicher theoretischer Erklärungsansätze und aktueller Forschungsliteratur, lassen sich folgende weiterführende Erkenntnisse formulieren:

3.1 Zwei Systeme von Partizipation und die fehlende Verbindung

Die Ergebnisse aus Umfrage und Gesprächen zeigen: Partizipation von Kindern und Jugendlichen findet heute in zwei Bereichen statt, die oft nebeneinanderstehen. Auf der einen Seite gibt es formelle Mitwirkungsverfahren in Planungs- und Bauprozessen. Auf der anderen Seite existieren zahlreiche Beteiligungsformen im Alltag – etwa in Schulen, der Jugendarbeit oder der Quartierarbeit. Diese Trennung ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung.

Die formalisierte Mitwirkung im Rahmen von Planungs- und Bauvorhaben ist gebunden an gesetzliche Verfahren, Zuständigkeiten und Planungszyklen. Sie ist dominiert von Verwaltungs- und Planungslogiken sowie langjährigen Verfahren. Die lebensweltliche Partizipation im Rahmen sozialer und pädagogischer Entwicklung ist in Schulen, Jugendarbeit und Quartierarbeit verankert. Sie ist beziehungsorientiert und auf Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Integration gerichtet. Beide Systeme haben unterschiedliche Stärken: Während formelle Mitwirkung die Perspektive junger Menschen in wichtige Entscheidungsprozesse einbringen kann, ermöglicht alltagsbezogene Partizipation langfristige Beziehungen, Lernprozesse und gute Erreichbarkeit der Kinder und Jugendlichen.

Die bewusste Verknüpfung der beiden Bereiche der Kinder- und Jugendpartizipation eröffnet Synergien und Potenziale, die einerseits die Wirksamkeit einzelner Projekte erhöhen, andererseits die Aufwände für dieselben deutlich reduzieren können.

3.2 Strukturelle Voraussetzungen und aktuelle Entwicklungen

Die Studie zeigt: Die Organisation innerhalb der Gemeinden hat einen starken Einfluss auf die Qualität und Nachhaltigkeit von Partizipation. Die Praxis zeigt grosse Unterschiede: Während einige Gemeinden über etablierte Strukturen mit klaren Zuständigkeiten verfügen, stehen andere noch am Anfang oder arbeiten stark personenabhängig.

Fehlen etablierte Strukturen, bleibt Partizipation oft vom Engagement einzelner Personen abhängig. Diese übernehmen dann die Rolle von sogenannten «Brückenbauer:innen» (Neverauskas & Tijnaitienė 2007). Sie können viel bewirken, ihre Wirkung bleibt jedoch «verletzlich». Sobald diese Personen ausfallen oder überlastet sind, brechen Prozesse häufig ab. Zudem zeigt die Forschung (Schedler & Proeller 2011; Ritz & Thom 2019), dass Verwaltungen langfristig erfolgreicher sind, wenn Wissen in Strukturen gesichert wird und nicht an einzelne Personen gebunden bleibt.

Wenn Gemeinden Partizipation nachhaltig fördern möchten, profitieren sie von Strukturen, die Verbindung, Zuständigkeit und Zusammenarbeit erleichtern. Dazu gehören feste Stellen, klare Mandate und abgestimmte Prozesse. Gemeinden ohne derartige strukturelle Gegebenheiten arbeiten zwar oft engagiert, können Partizipation aber weniger leicht verstetigen. Dabei ersetzt Struktur Engagement nicht, sichert jedoch seine langfristige Wirkung. Auch kleine Gemeinden sollten daher mindestens minimale strukturelle Verankerungen aufbauen, um durch Erfahrungen gewonnenes Wissen weiterhin verfügbar zu halten.

Vor allem in kleinen und mittelgrossen Gemeinden werden derzeit vermehrt Fachstellen für Gesellschaft, Soziales, Generationen, Integration (Steiner et al. 2021; Ladner & Haus 2021; Möckli et al. 2023; Ritz & Thom 2019; Schedler & Proeller 2011) eingerichtet. Dieser Trend stellt eine positive Entwicklung zur Förderung von Partizipation dar. Denn solche Stellen entstehen insbesondere dort, wo soziale Aufgaben wachsen oder Themen quer zu klassischen Abteilungszuteilungen liegen. Partizipation zählt oftmals zu diesen Aufgaben.

3.3 Zusammenarbeit und Lernfähigkeit innerhalb der Verwaltung

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Studie betrifft die Qualität der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Professionen und Verwaltungsbereichen. In vielen Gesprächen wurde deutlich, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht an fehlender Zuschreibung von Relevanz, sondern an strukturellen Abgrenzungen innerhalb der Verwaltung scheitert. Zuständigkeiten für Bildung, Planung, Soziales, Kultur oder Jugend sind in der Regel getrennt organisiert, mit eigenen Routinen, Zeitlogiken und Kommunikationswegen.

Die Forschung zeigt, dass Verwaltungen handlungsfähiger werden und eher in der Lage sind, komplexe Probleme zu lösen, wenn sie über Abteilungsgrenzen hinweg kooperieren (Edwards 2013; Sørensen & Torfing 2009, Schedler & Proeller 2011; Bryson et al. 2015). Dabei geht es nicht nur um organisatorische Prozesse oder Strukturen, sondern auch darum, das eigene Fachwissen mit dem anderer zu verbinden und ein gemeinsames Verständnis von Problemen und Zielen sowie von Partizipation zu erarbeiten. Dies bedeutet, Erfahrungen auszuwerten, Abläufe anzupassen und Wissen langfristig zu sichern und damit Lernfähigkeit sicherzustellen. Dieser Prozess ist zentral für alle Verwaltungen (Argyris & Schön 1978; Voß & Kemp 2006) und besonders wichtig für das vergleichsweise neue Arbeitsfeld der Partizipation von Kindern und Jugendlichen.

Die oben angesprochenen Fach- oder Koordinierungsstellen können Erfahrungen dokumentieren, Ergebnisse sichern, fachlichen Austausch zwischen Abteilungen fördern und damit wichtige Grundlagen für gemeinsame Lernprozesse legen. Zusammenarbeit bliebe nicht dem Zufall überlassen und ein wichtiger Beitrag zur Verankerung von Partizipation wäre erbracht.

3.4 Vom Lernen der Kinder zum Lernen der Institution

Wird Partizipation von Kindern und Jugendlichen breiter gefasst, wird sie in der Praxis oftmals pädagogisch verstanden: Kinder sollen Selbstwirksamkeit erleben, Verantwortung übernehmen und demokratische Handlungskompetenzen entwickeln. Diese Perspektive ist wichtig und wird in der Literatur breit gestützt (Biesta 2011). Die qualitativen Gesprächsergebnisse bestätigen, dass Gemeinden diese Dimension als zentral ansehen. Doch die Ergebnisse zeigen zugleich, dass Partizipation eine zweite, oft unterschätzte Lernrichtung hat: Sie wirkt zurück auf die Verwaltung selbst.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass Verwaltungen durch die Einbindung von Kindern und Jugendlichen neue Denk- und Handlungsweisen entwickeln. Mitarbeitende berichten, dass die Perspektiven junger Menschen Anforderungen verändern, komplexe Planungsfragen konkretisieren und Handlungsweisen von Verwaltung herausfordern.

Dabei geht es um mehr, als das Handeln an die Anforderungen der Kinder und Jugendlichen anzupassen. Es werden zusätzlich grundlegende Annahmen und Strukturen infrage gestellt; Argyris & Schön (1978) nennen dies «double-loop learning». Dieser Mechanismus ist auch zentral für die Verstärkung von Partizipation: Wo Verwaltung und Politik durch Beteiligung selbst lernen, entwickelt sich Partizipation von der projektbezogenen Handlung hin zu einem festen Bestandteil kommunaler Kultur.

Die Ergebnisse der Studie lassen sich zudem als Abfolge (oder Koexistenz) von drei Lernlogiken beschreiben:

- In der pädagogisch-emanzipatorischen Logik liegt der Fokus auf Selbstwirksamkeit und Demokratiebildung der Kinder (Biesta 2011). Dieser Ansatz ist dominant in kleineren Gemeinden und im schulischen Kontext.
- Im Rahmen der instrumentell-planerischen Logik liegt der Fokus auf der Verbesserung der Planungsqualität, Bedarfsanalyse, Akzeptanz (Silva & Pitanguy 2020) und ist typisch für projektbezogene Mitwirkung im Bau- und Planungsvorhaben.
- In der reflexiv-kooperativen Logik liegt der Fokus auf gemeinsamem Lernen von Verwaltung, Politik und Bevölkerung. Diese sieht Partizipation deshalb als Bestandteil von (good) Governance und Selbststeuerung (Voß & Kemp 2006; Fung & Wright 2003).

Die vorliegenden Daten zeigen, dass viele Gemeinden sich in einer der ersten beiden Logiken bewegen. Beteiligung wird als Methode verbessert. Erst wenige Gemeinden haben eine reflexive, institutionell verankerte Form erreicht. Diese ist jedoch wesentlich, um Partizipation als Haltung zu etablieren und nachhaltig zu sichern.

3.5 Praxis der planungsbezogenen Mitwirkung: vom Ereignis zur Routine

Die Daten zeigen ein klares Muster: Kinder und Jugendliche werden überwiegend in frühen Planungsphasen beteiligt, insbesondere bei Bedarfserhebungen und Ideensammlungen. In späteren Phasen, etwa bei Entscheidungsfindung oder Evaluation, nehmen die Mitwirkungsmöglichkeiten deutlich ab. Als eine wesentliche Herausforderung wird die Dauer von Planungsverfahren benannt, die es kaum möglich machen, Kinder und Jugendliche über das gesamte Verfahren hinweg zu beteiligen.

Die heutige Praxis ist stark ereignisorientiert. Viele Gemeinden nutzen Workshops, Begehungen oder Schulaktionen, um Kinder in einer frühen Phase einzubeziehen. Diese Formate haben Vorteile: Sie ermöglichen kreative, niedrighschwellige Zugänge, passen gut zu schulischen oder sozialen Strukturen und erzeugen schnell sichtbare Ergebnisse. Doch es zeigen sich auch deutliche Schwächen: Die Mitwirkung endet häufig, bevor Entscheidungen getroffen werden. Kinder werden selten über den weiteren Verlauf informiert. Lange Wartezeiten mindern Motivation und Vertrauen. Wissen aus frühen Phasen wird nicht systematisch weitergeführt.

In der internationalen Planungsforschung wird betont, dass Qualität in Beteiligungsprozessen nicht allein durch punktuelle Inputs entsteht, sondern durch kontinuierliche Verständigung und kommunikative Planung (Healey 1997; Innes 2004). Genau hierin liegt ein Entwicklungsfeld für Gemeinden. Der Übergang von der punktuellen zur prozesshaften Mitwirkung ist zentral. Damit Beteiligung Wirkung entfaltet, braucht es eine phasenübergreifende Einbindung und verlässliche Information darüber, was umgesetzt wird und was nicht (und warum nicht). Zudem sind Zwischenschritte nötig, die langwierige Planungsphasen überbrücken. Ebenso wichtig sind die Dokumentation und die Weitergabe von Ergebnissen, auch damit Beiträge der Kinder nicht im Übergang zwischen Abteilungen verloren gehen.

Viele Gemeinden nutzen bereits einzelne dieser Elemente, aber selten in systematischer Kombination.

3.6 Legitimation von Partizipation zwischen Stabilität und Dynamik

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass die nachhaltige Entwicklung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen wesentlich davon abhängt, wie politische Legitimation, institutionelle Strukturen und Veränderungen in der lokalen Verwaltung zusammenwirken. Der fehlende politische Auftrag ist sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene einer der am häufigsten genannten Gründe dafür, dass Mitwirkungsverfahren für Kinder und Jugendliche nicht durchgeführt werden. Auch in Gemeinden, die partizipativ arbeiten, zeigt sich häufig eine Diskrepanz zwischen moralischer Motivation einzelner Akteur:innen und einer formellen Verankerung der Partizipation im politischen System.

Letztlich zeigen sich in der Studie drei Formen der Legitimation, die in gewisser Weise aufeinander aufbauen:

- In Form moralischer Legitimation «geschieht» Partizipation, weil engagierte Personen sie als wichtig erachten. Diese Form ist dynamisch und kann starke lokale Impulse setzen, bleibt jedoch abhängig von einzelnen Personen oder Konstellationen. Sie ist häufig die Ausgangslage für erste Beteiligungsprojekte.
- Durch Programme wie das UNICEF Label «Kinderfreundliche Gemeinde» kommt es zu symbolischer Legitimation. Diese erhöht die Sichtbarkeit und schafft positive Anreize. Diese stärken politische Aufmerksamkeit, ersetzen jedoch keine strukturelle Verankerung.
- Eine verbindliche Verankerung in Reglementen, Leitbildern oder strategischen Programmen, ergänzt durch klar definierte Zuständigkeiten, Ressourcen und Prozesse, stellt die politisch-administrative Legitimation dar. Erst diese Form stellt sicher, dass Partizipation nicht nur gewünscht, sondern unabhängig von personellen oder politischen Veränderungen auch umgesetzt wird.

Die Governance-Forschung hebt hervor, dass Beteiligungsprozesse nur dann nachhaltig wirken, wenn sie sowohl politisch als auch administrativ legitimiert sind (Fung & Wright 2003; Sørensen & Torfing 2009). Politische Legitimation ist notwendig, aber nicht hinreichend. Erst wenn klare Zuständigkeiten, Prozesse und Formen der internen Zusammenarbeit etabliert sind, entsteht eine institutionelle Stabilität, die Beteiligung über Legislaturperioden hinweg trägt. Solche Strukturen erzeugen das, was Pierson (2000) als «positive Pfadabhängigkeit» beschreibt: Wiederholte Erfahrungen schaffen Vertrauen, Effizienzgewinne, methodische Sicherheit und dadurch organisatorische Routinen. So steigt nicht nur die Qualität der Partizipation, sondern auch deren politische Legitimation. Es entsteht ein gegenseitiger Verstärkungsprozess.

Stabilität kann aber auch hinderlich («negative Pfadabhängigkeit» nach Pierson 2000) sein, nämlich dann, wenn die vorhandenen Strukturen und die gelebte Kultur Partizipation kaum zulassen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass viele Entwicklungen im Bereich der Partizipation durch sogenannte «Windows of Opportunity» (Kingdon 1984) ermöglicht werden. Dies sind Zeitpunkte, zu denen personelle, politische oder organisatorische Veränderungen neue Handlungsspielräume eröffnen. Solche Gelegenheiten entstehen beispielsweise durch neue Legislaturperioden, Veränderungen in Exekutive oder Verwaltung, Förderprogramme oder Pilotprojekte, lokale Ereignisse oder Konflikte oder die Einführung neuer strategischer Programme (zum Beispiel UNICEF Label). Diese Momente können genutzt werden, um Strukturen neu aufzubauen, bestehende Beteiligungsansätze weiterzuentwickeln oder partizipative Prinzipien zu institutionalisieren. Die Fähigkeit von Gemeinden, solche Gelegenheitsfenster aktiv zu erkennen und zu nutzen, ist zentral für die Entwicklung der Partizipation. Sie bildet den dynamischen Gegenpol zur institutionellen Stabilität und ermöglicht Innovation, ohne die gesamte Praxis zu destabilisieren.

Die langfristige Entwicklung der Kinder- und Jugendpartizipation hängt somit von der Balance zwischen Stabilität (Strukturen, Routinen, Verankerung) und Wandel (Impulse, Innovation, Gelegenheitsfenster) ab. Partizipation ist damit weder ein starres Instrument noch ein spontanes Projekt.

3.7 Grössenabhängigkeit und Rolle der Kantone

Die Ergebnisse zeigen klar, dass Formen und Umfang von Partizipation stark von der Gemeindegrösse geprägt sind. Grosse Gemeinden/Städte verfügen über professionelle Strukturen, in denen Abteilungsgrenzen («Silos») bereichsübergreifendes Arbeiten erschweren und die Vielzahl paralleler Prozesse aufwendige Koordination erfordert. Demgegenüber haben kleine Gemeinden vor allem mit knappen personellen und finanziellen Ressourcen, fehlendem Know-how, fehlender Spezialisierung und hoher Abhängigkeit von Einzelpersonen zu kämpfen. Sie kompensieren fehlende Struktur oftmals durch Nähe und Engagement oder die Auslagerung von Aufgaben (Möckli, Vetsch & Lang 2023, Ladner & Haus 2021).

Genau dabei kann die kantonale Ebene durch ihre besondere Stellung eine wichtige Rolle einnehmen. Kantone verfügen selbst nur über begrenzte operative Zuständigkeiten, können aber durch Rahmensetzung, Koordination und Qualitätssicherung entscheidend zur Stabilisierung lokaler Partizipation beitragen. Dabei können sie (entsprechend dem Konzept der «Metagovernance» nach Sørensen & Torfing 2009) wichtige Funktionen übernehmen. Sie können Austausch- und Lernprozesse zwischen Gemeinden bis hin zu formalisierten interkommunalen Kooperationen fördern. Zudem können sie Leitfäden, Ausbildungen und Good-Practice-Sammlungen bereitstellen und partizipationsfreundliche Politikziele in kantonalen Programmen verankern. Diese Funktionen sind bislang nur vereinzelt realisiert, bieten aber erhebliche Potenziale für die Verstärkung und Professionalisierung der kommunalen Praxis der Partizipation, vor allem bei kleinen Gemeinden. Dies entspricht auch dem Wunsch der Gemeinden: insbesondere kleinere wünschen sich explizit Unterstützung in Form von Ressourcen, Fachwissen und struktureller Orientierung.

3.8 Synthese: Partizipation als lernorientierte Governance

Zusammengefasst: Partizipation ist nicht nur eine demokratische Verpflichtung oder eine Möglichkeit, Planungsergebnisse zu verbessern, sondern ein Instrument lernorientierter Governance.

Dieser Prozess wird von drei Mechanismen getragen: (1) Organisationen lernen durch Rückkopplung, deshalb gilt es, Erfahrungen aus Projekten zu reflektieren, zu dokumentieren und weiterzutragen (Argyris & Schön 1978). (2) Veränderungsmöglichkeiten ergeben sich in günstigen Gelegenheiten, dadurch ermöglichen politische oder personelle Veränderungen strukturelle Entwicklungen (Kingdon 1984). (3) Entwicklungen verfestigen sich in einmal eingeschlagenen Pfaden, so schaffen wiederholte Beteiligungsverfahren Routinen, Vertrauen und Kultur (Pierson 2000).

Auf den Punkt gebracht heisst das: Partizipation entwickelt sich typischerweise von Engagement über Struktur und Routine hin zu Kultur. Nachhaltige Partizipation entsteht also dann, wenn Gemeinden sie als gemeinsames Lernfeld verstehen für Kinder, für Verwaltung und für Politik. Sie ist kein Zusatzauftrag, sondern ein Bestandteil guter Regierungsführung («good governance») und eine Chance für Innovation im öffentlichen Sektor. Um dies zu unterstützen, werden abschliessend Empfehlungen formuliert, die sich an die kommunale und kantonale Praxis richten.

4 Empfehlungen für die kommunale und kantonale Praxis

Die nachfolgenden Empfehlungen richten sich an Gemeinden und Kantone. Sie unterscheiden zwischen Empfehlungen, die beide Ebenen betreffen, solchen, die primär auf Gemeinden abzielen, sowie Empfehlungen, die sich insbesondere an die kantonale Ebene richten. Sie basieren sowohl auf den empirischen Ergebnissen dieser Studie als auch auf deren integrierter Interpretation im Lichte theoretischer Ansätze zu Governance, organisationalem Lernen und institutioneller Entwicklung.

4.1 Empfehlungen für Gemeinden und Kantone

4.1.1 Politische Legitimation und Verbindlichkeit sichern

Kinder- und Jugendpartizipation benötigt eine klare politische Verankerung und verbindliche Mandate. Formale Beschlüsse, Reglemente oder Leitbilder tragen dazu bei, Partizipation über Legislaturperioden hinweg institutionell zu verankern und ihre Umsetzung innerhalb der Verwaltung zu legitimieren. Die Verankerung in Legislaturzielen kann helfen, solche grundlegenden Strategien, Konzepte oder Reglemente langfristig zu institutionalisieren.

4.1.2 Partizipation als Lernprozess für Gemeinden und Kantone verstehen

Partizipation sollte perspektivisch nicht als einzelnes Projekt, sondern als fortlaufender Lernprozess für Kinder und Jugendliche, Verwaltung und Politik verstanden werden. Erfahrungen aus Beteiligungsverfahren geben wichtige Lernimpulse, die zur Weiterentwicklung von Praxis, Haltung und Organisationskultur beitragen können. Projektbezogene Partizipationsformen eignen sich in diesem Sinne, um Erfahrungen zu sammeln und den sich stetig verändernden Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen zu können.

4.1.3 Partizipation als Lernprozess für Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene verstehen

Damit sowohl Kinder und Jugendliche als auch Erwachsene befähigt werden, bedeutungsvolle Partizipationsprozesse umzusetzen, sind zusätzliche Massnahmen notwendig. Das bedeutet, Partizipation im Alltag spür- und erlebbar zu machen und dabei möglichst frühzeitig anzusetzen. Beispielsweise durch die Förderung der Partizipation in Kindergärten, Schulen, Betreuungseinrichtungen oder Freizeitangeboten. Zudem sollen Weiterbildungsangebote zum Thema Partizipation für Erwachsene und insbesondere für Fachpersonen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, gefördert werden.

4.1.4 Partizipation administrativ absichern und von Personenabhängigkeit lösen

Zuständigkeiten, Koordinationsaufgaben und Prozessstandards sind organisatorisch festzulegen. Gemeinden sollten klare Ansprechstellen definieren und Wissen dokumentieren, damit Partizipation nicht vom Engagement Einzelner abhängt. Interkommunale Zusammenarbeit und kantonale Unterstützung können dabei eine wichtige Rolle spielen.

4.1.5 Interdisziplinäre Zusammenarbeit systematisch stärken

Die Studie zeigt, dass Kinder- und Jugendpartizipation in unterschiedlichen beruflichen Kontexten verankert ist, die jeweils eigenen fachlichen Logiken folgen. Diese disziplinären Kontexte zeigen sich innerhalb der Verwaltung insbesondere zwischen Bau/Planung und Sozialem/Gesellschaftlichem. Sie zeigen sich aber auch zwischen Verwaltung einerseits und in Schule, Jugendarbeit und sozialräumlicher Praxis andererseits. Um die Potenziale formeller Mitwirkung und alltagsbezogener Partizipation besser zu verbinden, ist eine gezielte interdisziplinäre Zusammenarbeit erforderlich. Dies kann beispielsweise durch divers zusammengesetzte Arbeits- oder Projektgruppen, Kommissionen oder spezifische Fachstellen erfolgen.

4.1.6 Gelegenheitsfenster bewusst nutzen und zugleich Kontinuität sichern

Politische oder organisatorische Veränderungen, wie neue Legislaturperioden, Personalwechsel oder Förderprogramme, bieten die Möglichkeit, die Partizipation weiterzuentwickeln. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass bestehende Strukturen und Erfahrungen nicht verloren gehen, sondern weitergeführt, regelmässig evaluiert, gegebenenfalls überarbeitet und ausgebaut werden.

4.1.7 Transparenz und Verlässlichkeit nach aussen gewährleisten

Um Vertrauen aufzubauen und Frustration zu vermeiden, ist eine nachvollziehbare Kommunikation über Ziele, Ergebnisse und Grenzen von Beteiligungsprozessen zentral. Rückmeldungen an Kinder und Jugendliche sowie an involvierte Fachpersonen sollten zeitnah erfolgen und den weiteren Verlauf von Planungs- und Entscheidungsprozessen sichtbar und nachvollziehbar machen.

4.1.8 Evaluation und Qualitätssicherung nach innen gewährleisten

Gemeinden und Kantone können Mechanismen zur Qualitätssicherung und Evaluation entwickeln, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozessen laufend zu überprüfen und aufgrund der Evaluationen Anpassungen vorzunehmen. Das schafft Transparenz und Lernprozesse für künftige Vorhaben.

4.1.9 Ressourcen zur Verfügung stellen

Um Kinder und Jugendliche auf bedeutungsvolle Weise in Bau- und Planungsprozesse einzubeziehen, müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dabei handelt es sich nicht nur um finanzielle Mittel, sondern auch um personelle Ressourcen. Für Gemeinden und Kantone, die bereits über die notwendige Expertise verfügen, bedeutet dies beispielsweise die temporäre Erhöhung bestehender Stellenprozente, um zusätzliche partizipative Elemente in Bau- und Planungsprozesse zu integrieren. Bei Gemeinden und Kantonen ohne entsprechendes Know-how bedeutet dies, sich externe fachliche Unterstützung einzukaufen.

4.1.10 Altersgerechte und zielgruppenspezifische Partizipation fördern

Kinder und Jugendliche sind keine homogene Gruppe. Entsprechend gilt es, Methoden an Alter und Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen anzupassen und geeignete Methoden zu wählen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die Inklusion von besonders vulnerablen Kindern und Jugendlichen zu legen, was oft nochmals andere Zugänge und Methoden erfordert.

4.2 Empfehlungen, die sich primär an Gemeinden richten

4.2.1 Die Verbindung zwischen formeller Mitwirkung und alltagsbezogener Partizipation stärken

Gemeinden sollten gezielt Schnittstellen zwischen formellen Mitwirkungsverfahren in Planungs- und Bauprozessen und alltagsnahen Beteiligungsformen, etwa in Schule, Jugendarbeit oder Quartierarbeit, schaffen. Durch eine bessere Verknüpfung dieser Bereiche ergeben sich Synergien beispielsweise beim Erreichen von Kindern und Jugendlichen für ihre Mitwirkung an Planungs- und Bauvorhaben. Auch wird die Nachhaltigkeit von Partizipation dadurch erhöht.

4.2.2 Partizipation entlang des gesamten Planungsprozesses gestalten

Kinder und Jugendliche sollten nicht nur in frühe Phasen von Planungsprozessen einbezogen werden. Begleitende Information und erneute Beteiligung im weiteren Verlauf tragen dazu bei, Verständlichkeit, Lernprozesse und Verbindlichkeit zu stärken. Ergänzend zum direkten Einbezug von Kindern und Jugendlichen empfiehlt sich der Einsatz einer stellvertretenden Interessenvertretung (Kinder- und Jugendbeauftragte, Jugendarbeitende usw.), welche die Anliegen der Kinder und Jugendlichen fachlich und über die Dauer des Projekts hinweg in das Vorhaben integrieren kann.

4.2.3 Soziale Zugänglichkeit und Reichweite aktiv berücksichtigen

Bei der Gestaltung von Beteiligungsformaten sollten unterschiedliche soziale Milieus, Altersgruppen und sprachliche Hintergründe bewusst mitgedacht werden. Niederschwellige, vielfältige Zugänge können dazu beitragen, eine breitere Gruppe von Kindern und Jugendlichen zu erreichen. Der Einbezug über verschiedene Quartiere, Kindergärten und Schulen ermöglicht, möglichst repräsentative Bedürfnisse zu eruieren. Ansonsten läuft man Gefahr, verzerrte Ergebnisse zu erhalten.

4.3 Empfehlungen, die sich primär an Kantone richten

4.3.1 Interkommunalen Austausch und Kooperation systematisch fördern

Kantone können durch den Aufbau von Netzwerken oder Plattformen den Erfahrungsaustausch zwischen Gemeinden unterstützen und zur Verbreitung von Wissen und guter Praxis beitragen. Sie können zudem die Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Grundsatz in ihren kantonalen Raumplanungs- und Entwicklungsrichtlinien verankern, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

4.3.2 Gemeinden gezielt unterstützen

Durch Beratung, Weiterbildungsangebote, Leitfäden oder Förderprogramme können Kantone strukturelle Unterschiede zwischen Gemeinden ausgleichen und Gemeinden bei der Umsetzung von Partizipation unterstützen. Auch die finanzielle Unterstützung über einen gezielten Förderfonds o. Ä. kann ermöglichen, dass Gemeinden mit keiner oder wenig Partizipationserfahrung externe Unterstützung beziehen.

4.3.3 Orientierung und Qualitätsentwicklung unterstützen, ohne lokale Autonomie einzuschränken

In ihrer rahmensetzenden Rolle können Kantone Qualitätsstandards und methodische Orientierung bereitstellen, ohne die operative Verantwortung der Gemeinden zu übernehmen. Beispielsweise durch das Erstellen von Qualitätskriterien oder Anforderungen an die Planung und Gestaltung kinderfreundlicher Lebensräume.

Quellen

Argyris, C., & Schön, D. A. (1978). *Organizational learning: A theory of action perspective*. Reading, MA: Addison-Wesley.

Biesta, G. (2011). *Learning democracy in school and society: Education, lifelong learning, and the politics of citizenship*. Rotterdam: Sense Publishers.

Bryson, J. M., Crosby, B. C., & Bloomberg, L. (Eds.). (2015). *Creating public value in practice: Advancing the common good in a multi-sector, shared-power, no-one-wholly-in-charge world*. Boca Raton: CRC Press.

Edwards, A. (2010). *Being an Expert Professional Practitioner: The Relational Turn in Expertise*. Dordrecht, Netherlands: Springer.

Fung, A., & Wright, E. O. (2003). *Deepening democracy: Institutional innovations in empowered participatory governance*. London: Verso.

Healey, P. (1997). *Collaborative planning: Shaping places in fragmented societies*. Vancouver: UBC Press.

Innes, J. E. (2004). Consensus building: Clarifications for the critics. *Planning Theory*, 3(1), 5–20.

Kingdon, J. W. (1984). *Agendas, alternatives, and public policies*. Boston: Little, Brown and Company.

Ladner, A., & Haus, A. (2021). *Aufgabenerbringung der Gemeinden in der Schweiz: Organisation, Zuständigkeiten und Auswirkungen*. Lausanne: IDHEAP

Möckli, P., Vetsch, M., & Lang, A. (2023). Leistungserbringung in kleinen Gemeinden: Eigenerstellung oder Auslagerung? *Yearbook of Swiss Administrative Sciences*, 14, 1–15.

Neverauskas, B., & Tijūnaitienė, R. (2007). The role of boundary spanners in project management. *Engineering Economics*, 52(2), 44–49.

Pierson, P. (2000). Increasing returns, path dependence, and the study of politics. *American Political Science Review*, 94(2), 251–267.

Ritz, A., & Thom, N. (2019). *Public Management. Erfolgreiche Steuerung öffentlicher Organisationen*. Wiesbaden: Springer VS.

Schedler, K., & Proeller, I. (2011). *New Public Management*. Bern: Haupt.

Silva, E., & Pitanguy, J. (2020). *Children's participation and public policy: A rights-based approach*. London: Routledge.

Sørensen, E., & Torfing, J. (2009). Making governance networks effective and democratic through meta-governance. *Public Administration*, 87(2), 234–258.

Steiner, R., Ladner, A., Kaiser, C., Haus, A., Amsellem, A., & Keuffer, N. (2021). *Zustand und Entwicklung der Schweizer Gemeinden: Ergebnisse des nationalen Gemeindeforschungsprojekts 2017*. Chur: Somedia. Verfügbar unter: hdl.handle.net/11475/22601

Voß, J.-P., & Kemp, R. (2006). Sustainability and reflexive governance: Introduction. In J.-P. Voß, D. Bauknecht, & R. Kemp (Eds.), *Reflexive governance for sustainable development* (pp. 3–28). Cheltenham: Edward Elgar.

Empfehlungen für Literatur, Leitfäden und Beispiele

Diese Liste enthält eine Auswahl von Quellen, die die Breite des Arbeitsfeldes Partizipation abdeckt, ohne vollständig zu sein. Da Partizipation ein sehr agiles Arbeitsfeld ist, erscheinen stetig neue wertvolle Leitfäden oder Ähnliches.

Leitfäden und Empfehlungen für die Gestaltung partizipativer Prozesse

DOJ AFAJ | Dachverband der Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (2023). Nachhaltige Raumgestaltung durch Partizipation von Kindern und Jugendlichen (Plakat). doj.ch/files/DOJ/4_Wissen/Fachpublikationen/DE_Fachpublikationen/DOJ-AFAJ-Plakat-Nachhaltige-Raumgestaltung-durch-Partizipation-von-Kindern-und-Jugendlichen.pdf

Jugendarbeitsstellen Oberwallis (2025). Kinder- und Jugendpartizipation in der Gemeinde verankern. Praxishandbuch für Gemeinden. jastow.ch/3d-flip-book/praxishandbuch-fuer-gemeinden

Stadt Luzern (2023). Partizipationsprozesse. Leitfaden und Arbeitshilfe. stadtluzern.ch/_doc/4844524

Stadt Wien (2012). Praxishandbuch Partizipation. Gemeinsam Stadt entwickeln. wien.gv.at/stadtentwicklung/partizipation/praxisbuch.html

UNICEF Schweiz und Liechtenstein (2023). Beteilige dich! In vier Schritten deine Welt verändern. Eine Anleitung für Kinder und Jugendliche. unicef.ch/de/media/5782/download

UNICEF Schweiz und Liechtenstein (2018). Kinder von heute im Raum von morgen. Umfrage zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Bauvorhaben. unicef.ch/de/media/5774/download

UNICEF Schweiz und Liechtenstein (2021). Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Theorie und Praxis – Für Gemeinden und Städte. unicef.ch/de/media/5776/download

UNICEF Schweiz und Liechtenstein (2025). Partizipation in der Schule. Wie die Beteiligung von Kindern gefördert und umgesetzt werden kann. unicef.ch/de/media/6019/download

ZORA | Zentrum öffentlicher Raum (2014). Mitwirkung der Bevölkerung bei der Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raums. Synthesebericht mit Arbeitshilfe. zora-cep.ch/cmsfiles/ZORA_Synthesebericht_Dez2014_def_1.pdf

Einen umfassenden Überblick gibt das Handbuch:



UNICEF Schweiz und Liechtenstein (2020). Planung und Gestaltung kinderfreundlicher Lebensräume. Grundlagen, Checklisten, Fallbeispiele.

unicef.ch/de/media/1500/download

Leitfäden, Empfehlungen und Beispiele für die Gestaltung kinder- und jugendfreundlicher Räume

Kanton Aarau (2025). Koffer Raumwahrnehmung. ag.ch/de/themen/planen-bauen/raumentwicklung/baukultur-im-aargau/koffer-raumwahrnehmung

Kanton Thurgau (2025). Leitfaden für eine begegnungsfreundliche Gemeinde. Bedürfnisgerechte Gestaltung des öffentlichen Raums. kjf.tg.ch/public/upload/assets/172878/Leitfaden%20f%C3%BCr%20eine%20begegnungsfreundliche%20Gemeinde.pdf?fp=1

OST – Ostschweizer Fachhochschule (2022). Kinder- und jugendgerechte Freiräume. Anleitung zur Planung und Gestaltung. freiraum-stadt.ch/de

UNICEF Schweiz und Liechtenstein (2024). Kinderfreundlicher Verkehrsraum. Anforderungen an eine kindgerechte Verkehrsraumgestaltung und Handlungsempfehlungen für die Praxis. unicef.ch/de/media/5761/download

UNICEF Schweiz und Liechtenstein. Praxisbeispiele Kinderfreundlicher Lebensräume. unicef.ch/de/fallbeispiele

Impressum

Herausgeberin

UNICEF Schweiz und Liechtenstein
Pfungstweidstrasse 10, 8005 Zürich
kfl@unicef.ch, unicef.ch

Autorinnen

Anke Kaschlik, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW)
Nadine Junghanns und Mona Meienberg,
UNICEF Schweiz und Liechtenstein

Gestaltung und Layout

Resort GmbH, Zürich

Illustrationen

Martine Mambourg, illustriert.ch, Zürich

Übersetzung der deutschen Originalversion

ins Französische und Italienische

Translingua AG, Zürich

Lektorat

Marianne Sievert (DE), Sophie Egli (FR) und Vera Pagnoni (IT)

1. Auflage, April 2026

Diese Publikation ist zum Download verfügbar in Deutsch, Französisch und Italienisch

© 2026 UNICEF Schweiz und Liechtenstein

